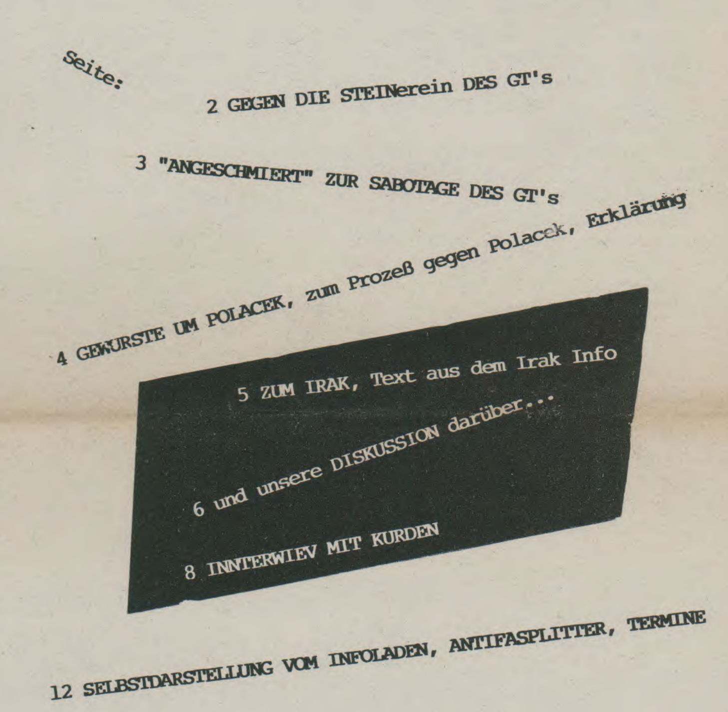


antifaschistisches Faltblatt Göttingen MAI 92



Skandal: Nestbeschmutzmitarbeiter schlägt GT-Chef in der 2. Rund KO

INHALT



EINLEITUNG

LIEBE LESERINNEN UND LESER
Jetzt machen wir über ein Jahr das deutsche, inzwischen vereinigte Groß-Nest schmutzig; scheißen den Adlern auf`n Kopp und lassen die Federn fliegen.
Letztendlich aber wissen wir ziemlich wenig, wer (außer Bullen und unseren engsten GenossInnen und einigen Redaktionsmitgliedern) eigentlich unsere Zeitung liest und wie sie ankommt. Zwar nehmen beim Verteilen ziemlich viele unser Geschreibsel in die Hand, wer dann aber sich die Mühe macht, alles genau zu lesen, gar sich damit auseinanderzusetzen, bleibt im Dunkeln. Um ein bißchen Licht von uns in die antifaschistische Sache zu bringen, ein paar Bemerkungen vorneweg:
Wir sind schon häufiger angemacht worden, daß nicht klar wäre, für wen diese Zeitung eigentlich gemacht ist. Unsere Sprache ist für viele Kids, SchülerInnen, junge Antifas zu abgehoben. Dagegen für Leute, die sich schon seit Jahren die Birne um Hintergründe und Grundstrukturen machen, steht häufig nichts Neues drin - und an ArbeiterInnen, Hausfrauen, viele "AusländerInnen" kommen wir nicht so einfach ran.
Wir versuchen, unsere Artikel, auch theoretische, so zu schreiben, daß sie für viele verständlich sind. Natürlich ist uns wichtig, daß so viele Leute wie möglich was mit dem Nestbeschmutz anfangen können. Aber theoretische Texte, deren gar nicht so viele waren, halten wir weiterhin für notwendig, um nicht bei der bloßen Beschreibung der Naziskin-Aktivitäten zu bleiben. Um Hintergründe zu verstehen, wie die der Ausländergesetze z.B., muß man sich auch mal hinsetzen und durch was durchbeißen, was halt nicht so einfach zu erklären ist. Als antifaschistisches Faltblatt wollen wir sowohl von Nazi-Aktivitäten, als auch von staatlichen Angriffen gegen "AusländerInnen", von Widerstand gegen faschistische Systeme (wie im Irak), berichten. Wir verzetteln uns zwar häufig, zugegeben, aber irgendein Thema draußenzulassen haben wir keine Lust, ist doch Faschismus der Ausdruck der gesamten Gesellschaft.
So wäre es für uns wichtig - ganz nach dem Grundsatz, eine Zeitung ist immer so gut, wie die Leute, die sie machen -
daß all die Gruppen, die auf ihren Gebieten gegen diesen herrschenden Zustand ihre Kraft richten, die Verhältnisse zum wackeln bringen und sonst kaum Möglichkeiten haben regelmäßig zu publizieren, ihre Artikel, Inhalte, Kritiken in dieser Zeitung selbst schreiben. Von Frauen/Lesben bis bedrohten SchülerInnen, bedrohten "AusländerInnen", genervten Werktätigten. Wir als feste Redaktion können dann vielleicht dieses Faltblatt regelmäßiger erscheinen lassen.
Außerdem brauchen wir Kohle, um endlich unser Vorhaben zu verwirklichen, den Mist, den das Göttinger Tageblatt verzapft, kontinuierlich entgegenzutreten. Monatliches Erscheinen ist unser Ziel, weil das genau die richtige Spanne ist, zwischen Aktualität und Gründlichkeit, die unseren Ansprüchen genügt.
2. Zu dieser Ausgabe: uns war wichtig, nicht abstrakt über "die KurdInnen" zu reden, wie das angesichts des humanitären Geblubber vieler, vor allen der herrschenden Medien, passiert. Wir haben deswegen ein Interview gemacht. Für uns ist es erniedrigend zu wissen, daß erst die Medien Katastrophenstimmung produzieren, hungernde Kinder zeigen müssen, bis sich etwas regt. Wir selbst sind ja über Jahre zu eingefahren gewesen, KurdInnen, IrakerInnen, PalästinenserInnen, die seit Jahren auf den Straßen hier rumlaufen, zu sehen.
Der Text, der uns vom Irakinfo zugeschickt wurde, macht das Problem mit der Sprache noch mal eindrucksvoll deutlich. "Imperialismus" schwebt durch den Text, ohne daß mehr gefüllt würde, was Herrschaftsverhältnisse zwischen reichen und ärmeren Ländern ausmacht. `tschuldigung von unserer Seite. Nichts desto trotz wollen wir in der nächsten Ausgabe versuchen, den Begriff zu erklären.
Alle Begriffe verklären macht das Göttinger Tageblatt bekannterweise . Wir, die wir uns als Teil gegen dieses Toilettenpapier verstehen, wollen in dieser Zeitung noch mal genauer auf das Scheißblatt eingehen. Sollte das GT und seine täglichen Hauptdarstellern nicht bald merken, wie sehr sie an den Verhältnissen mit rumbasteln, die ihre so ach wie sonst was bejammerte Gewalt hervorbringen, dann sind nicht nur ein paar Zeitungen beschmiert.
Polacek, der Nazidreck, kommt erst mal nicht weg, weil das Verfahren ausgesetzt wurde. Die nazistischen Überfälle im gesamten Großdeutschland setzen nicht aus, sondern erreichen immer wieder neue Höhepunkte, wie der Mord an Jorge Gomendai in Dresden.
Wir müssen die Drahtzieher dieser Strukturen erkennen, die sich über die so schlimmen Skinheads und bösen Hooligans empören, aber AntifaschistInnen mit aller Gewalt bekämpfen! Widerstand wird nicht dargestellt, damit wir denken, wir wären ohnmächtig. Den Herrschenden soll möglich gemacht werden, ihre Programme, wie die der deutschen Soldaten als Weltpolizei in die ganze Welt, durchzusetzen.
DREHEN WIR DIE ENTWICKLUNG UM!!
BEISSEN WIR DEN ÄRSCHEN IN DIE ÄRSCHE!!



GEGEN DIE STEINereien DES GT'S

JUGEND UND

SENIOREN UND GEWALT

Skateboard-Fahrer, SchülerInnen, Jugendliche grübeln - eskalierende Gewalt unter Senioren. Senioren schreiben in Tageblättern propagandistische Schmierereien, voll von GEWALTigen Worthülsen. Senioren lassen grüne Bullen, auch junge, auf unsereins los, führen Kriege, bringen dabei Millionen Menschen um. Es gibt sogar Senioren, die diese Gesellschaft gut finden, voll zu ihr stehen, obwohl sie immer wieder Kriege um wirtschaftliche Interessen führt oder Menschen wie Tiere in Käfige sperrt; und die Opas und Omas wollen von alledem nichts wissen, stellen sich taub und blind.

Nestbeschmutz fragt: HABEN DIESE SENIOREN EINE POLITISCHE ÜBERZEUGUNG? Ist diese Brutalität Ausdruck eines Protestes unserer Alten oder "nur" der große Frust, es zu nichts in seinem Leben gebracht zu haben, vielleicht die Träume der Kindheit aufgegeben zu haben oder zu feige gewesen zu sein, seine Meinung vertreten zu können. Sind die Senioren in der Mehrzahl senil? Wir vom Nestbeschmutz sind dem Phänomen "Senioren und Gewalt" nachgegangen. Wir haben Beobachtungen von den besonders gefährlichen Alten gemacht, es herrscht ja Verwirrung über die Kultur der Ausgewachsenen; wir haben eine Veranstaltung der Senioren besucht, um ihre Zurechnungsfähigkeit zu erkunden. Unter besonderer Beobachtung steht immer wieder das Göttinger Tageblatt, kommmen hier doch die härtesten zu Wort. Die Ansammlung von Irregeleiteten, Senilen, Erwachsenen scheint hier am größten. Sollte das Göttinger Tageblatt geschlossen werden? Ist dann wieder Ruhe in der Innenstadt?

Schlamperei ist nicht gefragt



Das GT auf der Seite wo es immer steht: bei den Bullen

GEGEN DIE STEINEREIEN DES GOTTINGER TAGEBLATTES

Einleitung

Einer ernsthaften Auseinandersetzung mit dem GT steht einiges im Wege. Einmal erscheint im Tageblatt jeden Tag eine neue Lüge, wir kommen also kaum hinterher. Zum zweiten sind viele dieser Lügen so aus den Fingern gesogen, daß es uns schwer fällt, sachlich alles zu widerlegen. Eigentlich müßte jeden Tag ein Gegen-GT erscheinen, damit sind wir überfordert. Zum dritten glauben wir, spiegelt das GT nicht nur die vorurteilsvolle Meinung der RedakteurInnen, sondern auch die vieler LeserInnen wider. Letzteres würde noch viel mehr Aufwand bedeuten, zu erklären, warum so viele auf Klatsch und Tratsch, Gerüchte und Skandale abfahren.

Deshalb sind viele Argumente hier bestimmt zu kurz gegriffen oder es fehlt die eine oder andere Riesenschweinerei. Wir versuchen zumindest, ein paar Merkmale der Propagandataktik des zuviel gelesenen Abklatsches der Bildzeitung aufzuzeigen.

Ein paar Vorbemerkungen, um deutlich zu machen, wie unsere Kritik an dem Blättchen zu verstehen ist:

1. Für uns Leute aus den autonomen Zusammenhängen und aus feministischen Gruppen bedeuten die alltäglichen Gleichsetzungen mit "Chaoten, Gewalttätern, Wahnsinnigen", daß unsere politischen Inhalte einfach nicht ernst genommen werden. Dann ist logische Konsequenz, was dann passiert: der Mord an Conny, ausgeführt von den ZSK-Bullen und der an Alex, von Faschisten erstochen. Das ist die Unmenschlichkeit, die das GT in Zeitungszeilen gießt und die wir bekämpfen.

2. D.h., daß das GT hier in diesem System SEINE Funktion erfüllt. Das bedeutet, die Art und Weise, wie die RedakteurInnen berichten, läßt sie ihre gesellschaftlichen Funktionen erfüllen (so wie die Staatsanwaltschaft AntifaschistInnen verfolgt, die Stadt dem JuZI die Kohle kürzen will, die Bullen uns bis ins Haus observieren). Das, was alltäglich an Gewalt gegen Menschen passiert, wird so dargestellt, daß nicht mehr die Verhältnisse und ihre Träger schuld an den Zuständen sind, sondern immer die "Chaoten".

3. Das GT lügt nicht nur auf den Widerstand bezogen, sondern es lügt immer. Selbst die kleinsten Meldungen werden so zurechtgestutzt, daß sie mehr zur Anekdote werden als zu einer Nachricht. Deshalb ist unsere Forderung auch nicht, liebes GT, schreibe mehr von unseren Inhalten, denn was dabei rauskommt, haben wir erlebt Seit über Faschisten berichtet wird, sind die "arme Jugendliche" und wir "extreme Gewaltfanatiker".

Wir fordern, daß das GT zu all den ernsthaften Problemen dieser Stadt seine Klappe halten soll, und die Betroffenen selbst über ihre Situation schreiben. Deshalb sollen Nestbeschmutz und andere unterstützt werden, damit Menschen das schreiben können, was sie wirklich an Unterdrückungsverhältnissen erleben. GT und GT-LeserInnen, gebt uns und anderen Gruppen, die nicht zu Wort kommen, Geld und inhaltliche Unterstützung. Wir wollen die erste Lokalseite, die Titelseite und die politische Berichterstattung denen, die tagtäglich Unterdrückung erleben.(Die Sportseite für unseren Tipper) Sabotiert, boykottiert, persifliert das GT!!

WER IST WER IN DER SENILEN SENIOREN SZENE

LOTHAR soll, nein WILL - , nach Willibald dem Vogel, ältester Seniler unter Bullen, weiß nichts von Skinheads. Ziemlich dumm. Weiß auch nicht, wo die Wiesenstraße ist. Trägt grüne Schnürsenkel.

~~HA HA~~ HA, ~~HANS~~ HUGO HEINGÄRTNER, seines Zeichen Staranwalt, wird verschiedentlich als senil oder trickreich bezeichnet. Er verfolgt nämlich Antifas strafrechtlich und jetzt nach den jüngsten Ereignissen will er in die Antifa (Jugendfront?) aufgenommen werden. Die ihn als senil einschätzen, glauben, er macht eine Identitätskrise (midlifecrisis) durch, weiß nicht mehr so recht, wo er sich anbiedern soll, orientierungslos. Trägt keine weiße Weste, sondern weiße Schnürsenkel.

HORST SCHWEIN, GT-Boss, Opinion-leader, Männer machen Meinung. Hat in seinen Kommentaren immer wieder bewiesen, daß er in seiner Menschenverachtung nur ein armseliger Ausdruck seiner Senilität und dieser Gesellschaft ist. Schreibt wohl das, was er glaubt, was die Leser hören wollen. Trägt braune Schnürsenkel.

HARTWIG FISCHER, CDU-Hansel, trotz dem er als Vergewaltiger fast was drangekriegt hätte, dank solidarischer GT-Arbeit (Männer halten zusammen, wie im Krieg) noch mal davon gekommen, leider ohne blaues Auge. Wollte während der Anti-Kriegsaktionen, daß die Menschen beten anstatt aufzubegehren. Hat überhaupt was gegen Menschen, die sich wehren. Mit einem schon krankhaften Tick will er das Juzi schließen. Hat wohl Angst vor Besuch. Seit den letzten Wahlen (igittegitt) schmollt er im Ohrensessel. Böse Zungen behaupten, sein Äußeres entspräche genau dem Bild, das man sich im allgemeinen von der Dekadenz der Herrschenden macht. Trägt auch braune Schnürsenkel.

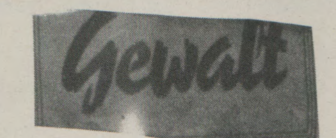
HERMANN SCHMIERWATERGELD,`ne Mischung aus allem. Will irgendwie auch das JuZI schließen (klappt aber irgendwie nicht), will irgendwie auch was gegen Nazi-Skins haben, will irgendwie auch Interviews mit dem GT machen (Mann gehört schließlich dazu) und hat nie Geld. Hält sich für ein Opfer. Opfer des Bundes, des Landes, der Regierung ,des Planetens, des..... Kann sich keine Schnürsenkel leisten.

„Wir kleben nur ein Pflaster auf“

DIE ROSDORFER SCHAU

„Wer ist wer in der Szene?“

„Wir bemühen uns wenig erfolgreich“
allem bei der Gewaltbereitschaft



Oder was Sie schon immer über Rechtsradikalismus wissen wollten und nie gewagt haben zu fragen.

Zur Rosdorfer Podiumsdiskussion mit dem Titel "Jugend und Gewalt: Protest oder politische Überzeugung" am Donnerstag, dem 11.4. hatte das GT in Zusammenarbeit mit der Gemeinde Rosdorf eingeladen

Immer wieder, wenn wir NestbeschmutzerInnen den roten Faden verlieren, warum wir unsere Zeitung mit diesem Aufwand betreiben, stößt uns das Göttinger Tageblatt wieder drauf: diese Stadt braucht eine, zwei, mehrere Gegenzeitung(en), um Göttingen nicht irgendwelchen Schreibtischtätern zu überlassen.

Da krieg' ich den totalen Haß

„Mein Opa war ein echter Nazi“
– Rechtsradikale Jugendliche erzählen über ihr Leben

Spannend war, ob das Podium den Irrsinn des Titels, was denn der Unterschied zwischen Protest und politischer Überzeugung ist, auflösen kann, und ob das einfache Weltbild der Tageblatt RedakteurInnen und ihrer "Experten", wie es sich in der Serie "Jugend und Gewalt" in den vorherigen GT-Ausgaben darstellte, auch von den PädagogInnen und Politikern auf dem Podium getragen würde. In der Serie im GT verblüffte uns die Dummdreistigkeit der Schreiberlinge: Nazigewalt mit Jugendlichen gleichzusetzten ist ja eine bekannte, verharmlosende Taktik des GT, aber Gewalt insgesamt auf Jugendliche zu reduzieren, ist angesichts des Massenmordes im sogenannten Nahen Ostens so ignorant und weltfremd, daß wir uns fragen, ob die GT-RedakteurInnen eigentlich Zeitung lesen. In der Serie läßt das GT Nazi-Skins ihren Haß auf Ausländer und Autonome propagieren, überschreibt

„Sind Sie auch mit einem Ausländer einverstanden?“

Wie kann man denn friedlich streiten?

eine Diskussion mit Mitgliedern des Ausländerbeirats "Sind Sie auch mit einem Ausländer einverstanden?" uns suggeriert damit, daß man es nicht sein braucht. "Wer ist wer in der Szene" fragt das GT und tut so, als hätten sie schon mal im Kontakt mit irgendeiner Szene gestanden, außer der Nazi-Szene, die offensichtlich gern zu Wort kommen dürfen. Polacek wird ja auch als netter Herr geachtet, wie in einem früheren Artikel belegt werden sollte.

Dieses GT, das die Stimmung für den Haß auf Nicht-Deutsche, Linke, das JuZI über Jahre geschürt hat, Frauenzusammenhänge gar nicht erwähnt, veranstaltet also nun die Diskussion über Gewalt... und Jugend, wir vergasen. Aber wer dachte, die Podiumsdiskussion würde schlimm, war getäuscht. Sie wurde schlimmer.

"Protest oder politische Überzeugung" hieß ja der Titel und wurde auf einmal doch richtig, denn das Publikum fragte sich, ob angesichts der Ahnungslosigkeit des Podium, nun Protest folgen sollte oder die politische Überzeugung der PodiumsteilnehmerInnen. Mit Ausnahme der Jugendpflegerin aus Rosdorf, die wenigstens zugab, daß die pädagogische Arbeit nur die Funktion eines Pflaster hat, haben alle "Experten" von "präventiver Arbeit", von "gesellschaftlichen Ursachen" geblubbert und keiner wußte, wovon sie eigentlich redeten. Niemand konnte dem Inhalte geben. Sie, die "Experten", hatten einfach keine. Die, die sie zur Schau stellten, blieben gefährlich genug.

Gerhard Winter, CDUler, sprach von "Krankheit", wenn er von der rechtsextremen Einstellung redete. So konnte er zumindest ahnen lassen, woher die Nazi-Skins ihre Meinung haben, als wäre die faschistische Ideologie kein Ausdruck der Gesellschaft, sondern ein von Natur aus krankhaftes, was man nur heilen bräuchte. Seine Vorstellung von der der Familie als Keimzelle der Gesellschaft, der Frau am Herd und der "jungen Leute und Frauen", wie er trotz riesiger Empörung sagte, waren in sich so sexistisch, daß sie genau den Kern der faschistischen Propaganda trafen.

Dagegen Hans Hugo Heimgärtner (Staatsanwalt) hat sich trotz (oder wegen?) mehrerer Hans Hugo-Anfeuerungsrufe (Er kenne ja so viele aus dem Publikum, meinte er) nicht getraut, Stellung zu beziehen. Um so mehr tat dieses Gerda Mansel, Jugendbeauftragte bei den Bullen, ganz auf dem Boden des Rechtstaates, wie sie betonte. Polacek könne auf seinem Grundstück machen was er wolle, auch wenn er Leuten mal eben den Kopf abhaut, Skinheads schult, Andersdenkende zu erstechen und Ausländer zu überfahren. Auf den Einwand, daß das Zivile Streifenkommando andauernd auf Grundstücke bzw. in Häusern von Antifas rumspukt (mit dem Mord an Conny, dem Zusehen, wie Vermummte Skins durch Rosdorf maschieren und Alex wollen wir erst gar nicht kommen. Die Antwort kennen wir.) wußte die Beamtin unter großem Gelächter nichts zu sagen außer, daß ihr vom ZSK nichts bekannt wäre.

Zu allem Überfluß gab es noch eine Schlußstellungsnahme jedes Teilnehmers und jeder Teilnehmerin und wir aus dem Publikum merkten, wir haben die sogenannten Experten wieder nicht überzeugt. Na ja, wie auch, sonst wären sie keine Experten, sondern selbst auf der Straße, um gegen den zunehmenden Nazi-Terror zu demonstrieren.

Das GT allerdings hat sich fein dargestellt: immer offen für Diskussionen über Gewalt, um den nächsten Tag Widerstand gegen Faschisten zu denunzieren. Aber Schluß damit, all die Leute, die so bereitwillig den "demokratischen Dialog" im GT führen, sollten sich überlegen, für was sie vereinnahmt werden: für die Darstellung, als wären sie, wie das GT glauben lassen will, unschuldig und ohne Verantwortung für diese Situation, sind es doch nur Jugendliche und Extreme, die sinnlos der Gewalt frönen. Dieses Bild stärkt ihr!

Wenn ihr was zu schreiben habt, unterstützt das Nestbeschmutz.

ANGESCHMIERT

Lange genug haben wir das Geschmiere des GT`s ertragen. Heute Nacht haben wir den Spieß umgedreht und einen Teil der GT-Ausgabe mit Farbe so vollgeschmiert, daß sie unleserlich ist. Das GT tut sich seit Jahren darin hervor, Ereignisse zu verfälschen, zu verschweigen und gegen die Menschen zu hetzen, die die HERRschenden Verhältnisse nicht so akzeptieren, wie sie sind. Eine Beschreibung der VERUNGLIMPFUNG von Linken und fortschrittlichen Kräften durch das GT würde Bände füllen. Eine nähere Betrachtung der Hetze des GT`s gerade gegen AntifaschistInnen soll diese allgemeine Tendenz deutlich machen.
Als 87/88 immer verstärkt Naziskins in der Innenstadt und besonders in der Nikolaistraße gegen Jugendliche und andere PassantInnen vorgehen und ihre faschistische Propaganda auf die Straße tragen, findet dies keinerlei Beachtung im GT. Antifaschistische Arbeit, die sich in Aktionen gegen die Nazis ausdrückt, wird als unpolitisches Schlägertum dargestellt.
Ein Beispiel für die VERHARMLOSUNG der Nazis ist der Artikel vom 4.3.88 "Die rechtsradikale Szene besteht nach Ansicht der Staatsanwaltschaft nicht mehr". Insgesamt steht das GT vor allem als Sprachrohr der Staatsgewalt. Bei Auseinandersetzungen zwischen Faschiten und Antifaschisten wird die völlig realitätsfremde "Neutralität" der Bullen, die "zwischen zwei Fronten stehen", verkündet. Es werden grundsätzlich, unhinterfragt die (Falsch)Meldungen der Bullen übernommen. Krassestes Beispiel dafür ist die Kurzmeldung am Tag nach Connys Tod, wonach "..die jungen Leute aus bisher ungeklärtem Anlaß (...) aneinandergerieten" deswegen ein "Jugendlicher auf die Straße rannte."
Bei ihrer Hetze gegen das Juzi sind ihnen keine LÜGEN zu dreist. In letzter Zeit wurde durch gezielte Falschmeldungen über brutale und wahllose Schläger aus dem Juzi, die ebenfalls auf Berichten der Bullen basierten und mit dem tatsächlichen Geschehen nicht das Geringste zu tun hatten, ein Schreckensbild der JuzibesucherInnen gemalt.
Die chronischen Haßtiraden von H. Fischer (CDU), die im GT immer ihren Platz finden, waren auch schon das direkte Vorspiel für Angriffe der Faschisten; z.B. im März 89 der Anschlag auf das Solitransparent zum Hungerstreik der Gefangenen am Juzi, das massive Medienhetze auf sich gezogen hatte.
Auch für FAP-Funktionär Karl Polacek gab es im GT eine Seite Platz, wo er vor der Antifa-Demo in Mackenrode sein faschistisches Gedankengut verbraten konnte.
Solche Artikel, wie "Chronologie der Gewalt", wo unter anderem "Pissen aus dem Fenster (Juzi) und das Umwerfen von Mülltonnen" aufgeführt wurde, sind schon dermaßen überzogen, daß wir eigentlich nur noch darüber lachen können, wenn nicht klar wäre, daß auch dieser Schrott das Bewußtsein der Leute und das Klima in dieser Stadt mitbestimmt.
Wieviel Macht die Medien haben, Stimmung zu machen, wurde besonders deutlich vor der Demo am 17.11.90 zum Tode von Conny. Die weiträumige Abriegelung der City, das überdimensionale Bullenaufgebot, die verrammelten Fensten und die fast menschenleeren Straßen - dieser quasi Ausnahmezustand wäre ohne die HETZE der Medien, allen voran das GT, unmöglich gewesen.
Wenn die Verzerrung und Verfälschung von autonomen antifaschistischen Aktionen nicht oder nur schwer möglich ist, werden sie verschwiegen. Die Anti-Progrom-Demo am 9.11.89, an der sich über 1000 Menschen beteiligten, wurde mit keiner Zeile erwähnt. Vielleicht war ein Grund, daß auf der Demo auch die Rolle des GT`s im Faschismus thematisiert wurde?! Verschwiegen wurde auch der Mordanschlag durch einen Faschisten an einem Demoteilnehmer nach der Demo am 25.11.89 zu Connys Tod. Es paßte wohl nicht in die Hetze gegen die Demo und fand daher keine Beachtung. Stattdessen immer wieder das Bild "hirnloser Chaoten" und "gewalttätiger Jugendlicher". Bullen, die angeblich "bald tot überm Zaun hängen", und "Vermummte, die aus dem Juzi stürmen, um Passanten zusammenzuschlagen", eine Demo (25.11.89), die wie ein "Tornado" durch die Innenstadt fegt und einen "blutigen Samstag" veranstaltet. So werden Feindbilder gebastelt.
WIR WEHREN UNS!
In einer Gesellschaft, die so stark von Medien bestimmt ist, ist das VERSCHWEIGEN ein wirksames Mittel, um Geschehen, das nicht sein soll, als quai nicht existent für die Öffentlichkeit zu machen.
Besonders auffällig ist die Nicht-Berichterstattung, wenn autonome Lesben und Frauen durch unterschiedliche Aktionen radikal Position beziehen. Ob es Walpurgisnachtdemos sind oder Aktionen gegen Sextourismus, eine Erwähnung sind sie auf jeden Fall nicht wert. So wie auch die Geschichtsschreibung Lesben und Frauen, die sich von ihrer Rolle befreit haben und gegen bestehende Unterdrückungsverhältnisse gekämpft haben, nicht erwähnt werden. Besonders, wenn es um Unterdrückungsverhältnisse von Männern gegenüber Frauen geht, die in dieser Gesellschaft verschwiegen oder verniedlicht werden, wie die alltägliche Gewalt gegen Frauen - gerade auch in der Ehe, Sextourismus und Prostitution, Vergewaltigung und sexueller Mißbrauch. Weder das Ausmaß dieser patriarchalen Unterdrückung, noch der Widerstand dagegen, soll wahrgenommen werden, damit Solidarisierung verhindert wird. Um die Existenz von Lesben zu leugnen, "vertauschen" sie dann immer wieder ein "s" und machen aus dem Frauen/Lesben Zentrum ein Frauen/Lebenszentrum, wenn sie es denn mal erwähnen.
Diese Berichterstattung sollte nicht losgelöst von der Geschichte des Göttinger Tageblattes gesehen werden.
Schon 1923 unterstütze das GT u.a. mit Plakatdrucken die in der Illegalität arbeitenden Göttinger Ortsgruppe der Nationalsozialisten.
Das GT fand sich schon 1918 in den Zielen der DNVP (dt. nationale Volkspartei) wieder, die den demokratischen Parteienstaat ablehnte und den Antisemitismus hervorhob, als einen Teil ihres radikalen Nationalismus.
Kostenlos konnten DNVP und NSDAP ihre Werbung drucken. Die folgenden Zitate machen deutlich, wie das GT den SA-Terror verharmlost und wie politische Gegnerinnen und Gegner diffamiert werden.
Am 27.4.33 jubelt das GT: "Was sich ein Göttinger Marxist nie hätte träumen lassen, ist heute geschehen. Der Sturm 1/82 der SA zog in die Hochburg des sterbenden Marxismus, das Volksheim (Gewerkschaftshaus der Göttinger Arbeiterbewegung) ein". Die SA hat mit " den

DOKUMENTATION

alten Überbleibseln der SPD aufgeräumt. Bald hing keine schwarz-rot-goldene Fahne, keine Bilder der marxistischen Ausbeuter des schaffenden Volkes mehr an den Wänden."
Zur Machtübernahme in Göttingen schreibt das Göttinger Tageblatt überschwenglich "Zehntausende aus allen politischen Lagern" säumten den Straßenrand, als SA, SS und Hitlerjugend am 31.1.33 mit einem Fackelzug durch die Stadt zur Großkundgebung auf den Albaniplatz zogen. Das GT sparte nicht an pathetischen Worten, um "den Sieg der nationalen Revolution" zu würdigen. SA-Oberführer Soest hielt eine "kurze, von innerer Begeisterung durchpulste Ansprache", danach folgte ein "schneidiger Vorbeimarsch" vor den SA und SS Führern auf dem Marktplatz, der mit einem "großen Zapfenstreich" auf dem "leider zu schwach beleuchtetem Kasernenplatz" endete.
Der begeisterte Bericht zur Bücherverbrennung am 11.5.35 schildert den Fackelzug quer durch die Göttinger Innenstadt zum Scheiterhaufen am Adolf Hitler Platz (Albaniplatz) so: "Am Nikolausberger Weg ordnen sich die studentischen Gruppen und Korporationen zum Fackelzug. Vom Weender Tor bis weit über die Goßlerstraße hinauf setzt sich Viererreihe hinter Viererreihe, beste deutsche Jugend, die das Erbe der Toten von Langenmarck gegen die giftige Zersetzung eines feindlichen fremden Ungeistes wahren will. Das Braun der SA und SS-Studenten beherrscht das lebensvolle Bild... Zu Übermannshöhe ist Berg von Unrat und Ungeist aufgetürmt, der den läuternden Flammen übergeben werden soll...Vom Rotlicht des reinigenden verjüngenden Feuers übergossen stehen die Tausende, gepackt von dem tiefen, symbolhaften Sinn des Geschehen. `Flamme empor`- die weihevollen Klänge des alten Feuerliedes hallen feierlich über den weiten Platz."
Diese Zeitungsausschnitte sind nur Bruchteile der faschistischen Propaganda des Göttinger Tageblattes, das von 1918 bis zum 19.4.43 antisemitische Hetze großgeschrieben hat. Dann mußte es aus Kriegsgründen sein Erscheinen einstellen.
Eine Auseinandersetzung ihres Verhalten fand auch zum 100jährigen Jubiläum der Zeitung nicht statt. Durch dieses Ausblenden wird deutlich, daß es keinen wirklichen Bruch und damit keine Aufarbeitung gegeben hat.
Heute gibt es keine faschistische Propagandamaschinerie, aber gerade beim Golfkrieg ist es deutlich geworden, wie die bürgerliche Pressefreiheit aussieht. Durch die direkte Übernahme der Meldungen von us-amerikanischen und britischen Sendern, versuchten die Medien hier den Golfkrieg als "sauberen" Krieg zu verkaufen. Den Menschen in aller Welt wurde vorgelogen, daß dieser Krieg moralisch zu rechtfertigen und somit ein gerechter Krieg sei.
Die militärische Zensur lieferte die entschuldigende Begründung dafür, daß hier ein Bild vom Krieg gezeichnet werden konnte, das in keinster Weise seiner brutalen, menschenverachtenden Realität entsprach, sondern nur der PR-Strategien der Militärs.
Keine Worte, keine Bilder von den zu tausenden flüchtenden Menschen, nicht über die Massaker gegen die Zivilbevölkerung.
Und immer noch nichts, denn der Krieg ist noch nicht vorbei.
Die Vorherrschaft am Golf ist noch nicht gesichert unter den Alliierten aufgeteilt. Wäre die Weltöffentlichkeit über Ausmaß dieses Völkermordes informiert worden, so hätte der Krieg aufgrund der weltweiten Proteste und des Widerstandes beendet werden müssen. Da die JournalistInnen nicht wagten, die Lügen aufzudecken, kam alles anders:
Krieg ist Frieden
Kriegsgegner sind Gewalttäter
Auch hier trugen viele tausende GöttingerInnen ihren Protest auf die Straße. Verschiedenste Aktionsformen wurden gewählt, ziviler Ungehorsam geleistet. Nur wenige Tage wurde Protest und Widerstand durch Stadt und Polizei hingenommen. Den Menschen hier, die die Vernichtung im Irak nicht dulden wollten, wurde ihr Anti-Kriegsengagement abgesprochen.
Eine wesentliche Rolle in der Verunglimpfung von Widerstand spielte mal wieder das GT in Göttingen. Daß gerade das GT die allgemeine Kriegspropaganda übernimmt, haben wir nicht anders erwartet. Wie es die Geschichte zeigt, ist es darin geübt; auch in jüngerer Zeit zeichnet es sich nicht durch Beiträge zu einer fortschrittlichen politischen Meinungsbildung aus. Es fungiert eher als Hofberichterstatter der CDU.
So wurde auch nicht davor zurückgeschreckt, die Anti-Kriegsbewegung zu diffamieren. Das GT glänzte mit Nicht-Berichterstattung von Anti-Kriegsaktionen. Die Mahnwache am Weender Tor war dem GT erst 4 Wochen nach deren Einrichtung einen Bericht wert. Dies auch nur, um dem Chefredakteur Horst Stein für die unmittelbar bevorstehende Medienveranstaltung im Jungen Theater ein Alibi zu verschaffen.
Aber auf den spalterischen Charakter, der wahre Friedensfreund gegen den randalierenden Chaoten, konnte das GT auch bei dieser Gelegenheit nicht verzichten. Aktionen, die direkt in die Infrastruktur der Kriegstreiber eingreifen sollten, wie die Bahnhofsbesetzung, die



Waffentransporte ins Kriegsgebiet lahmlegen sollte, die versuchte Autobahnblockade und die Panzerblockade, die ein Versuch war, die Soldaten davon abzuhalten im Manöver für das nächste Morden zu üben, wurden unter anderem diese Aktion ihrem Sinn nach entfremdet dargestellt und dazu benutzt den GT-LeserInnen nach gewohnter Manier das Schreckensbild des Chaoten einzuimpfen:
GT 12.2.91 "Vermummte stoppen Panzer. Es flogen Farbbeutel, ein Polizist wurde getroffen, ein Panzer vermutlich an der teueren Zieloptik beschädigt" (Überschrift)
Ein Höhepunkt in verdummender Hetze zur Schaffung von Feindbildern bot der Kommentar von Oberhetzer Horst Stein "Wanderer kommst du nach Göttingen, stelle dich drauf ein, daß Gewalt dein Nachbar wird." Er beschwört hier eine angeblich wahllose Gewalttätigkeit ausgehend von Verkehrsblockaden, "Entglasungen", "Beschädigungen von Tankstellen" daß der GT-LeserIn Angst und Bange werden kann.
Fern von Ursachen, wer gegen wen warum "Gewalt" ausübt, wird hier immer nur das angebliche Anwachsen der "Gewalt" beschworen.
Aktionen gegen den Krieg werden als gewalttätiger Krieg gegen die Bevölkerung dargestellt. Blockaden und Fahrraddemos zu einem bürgerkriegsähnlichem Szenarium hochstilisiert.
Welche "Gewalt" wird hier angeprangert, wie wird "Gewalt" begriffen?
H. Stein suggeriert, mehr Angst vor einer KriegsgegnerIn haben zu müssen, als vor der mörderischen Kriegsmaschinerie. Ganze 456 "demonstrative Aktionen" im vergangenen Jahr belegen ihm "überreizte und erregte Gemüter" in Göttingen.
Solche miesen Hetztiraden stiften bösen Blut, sind gewalttätig. Sie überreizen unsere Gemüter, deshalb sabotieren wir das GT.

rot, rot, rot
wenn ich lüge, geh ich tot
(westfälischer Kinderreim)

in diesem sinne, die schmuddelfrauen

Beim Erdbeerkuchen kassiert Stadt mit



Der Ganze Mensch vibriert im Rhythmus der revolutionären Frequenz: turn on, tune in, drop out. Es gibt nur e i n Zurück, das angebotene Stück Kuchen zurück in die Fresse der Herrschenden: wir wollen die ganze verdammte Bäckerei!



GEWURSTE UM POLACEK

Am 20.3.91 fand der Prozeß gegen den FAP-Funktionär Karl Polacek statt. Er und Oliver Simon hatten am 14.7.90 in Mackenrode vier Frauen angegriffen. Dabei schlug Polacek mit einem Beil auf eine der Frauen ein. Sie konnte den Schlag mit dem Arm abwehren und wurde dadurch nur leicht an der Stirn verletzt. Die Anklage gegen Polacek lautete "gefährliche Körperverletzung".
Obwohl vorher klar war, daß viele Leute ein Interesse an dem Prozeß haben, fand er im Kleinstadtgericht von Duderstadt statt. Der Saal hatte ca. 40 Plätze, davon wurden 2/3 von Presseheini's belegt, nachdem sie lauthals ihre Bevorzugung eingefordert hatten. Ungefähr 100 Leute kamen nicht rein.
Es ing an mit etwa 2St.langen unerträglichen Ausführungen von Polacek. Er gab seine Version zum Besten, wonach die Frau ihm ins Beil gelaufen sei; seine ganze Aussage strotzte vor Dreistigkeit und Absurditäten. Mehrmals hob er hervor , welches Vergnügen es ihm bereitet hatte, als die Frauen vor Simon's Schüssen fliehen mußten. Der Richter befragte ihn sehr ausführlich und genau. Sein eigener Anwalt,Klaus Kunze aus Uslar, stellte einige Fragen wohl darauf hinaus laufen sollten, daß Polacek ständig bedroht wird. Polacek stieg aber nicht richtig darauf ein, sondern protzte nur herum, was er nicht alles auf Lager hat gegen etwaige Angriffe. Interessant an seiner Aussage war, daß vor dem 14.7.90 zwei Bullen bei ihm gewesen waren, um ihn zu warnen, daß es an diesem Tag Ärger geben würde.
Nach der Aussage von Polacek gab ein ärtzlicher Gutachter eine Stellungnahme ab. Er habe zwar noch nie eine Wunde gesehen, die dadurch entstanden ist, daß jemand gegen ein Beil gelaufen ist, aber er würde davon ausgehen, daß eine solche Wunde ausgefrnzt und rissig sein müßte. Die Wundeder betroffenen Frau war grade und glatt gewesen und daher eher auf einen Schlag zurückzuführen.Danach folgten die Aussagen der vier Frauen, die als Zeuginnen vorgeladen waren, wobei nur eine aus prozeßrechtlichen Gründen als Nebenklägerin auftreten konnte. Sie berichteten von Simon's Angriff mit der Leuchtspurpistole und wie schließlich zwei der Frauen hiinter einem Auto von Polacek und Simon quasi eingekreist waren. Um aus dieser Situation zu entkommen rannte eine Frau durch eine Lücke zwischen dem Auto und Polacek, dabei schlug er mit dem Beil auf ihren Kopf. Sie wehrte den Schlag mit dem Arm ab und erlitt deswegen "nur" eine Schnittverletzung an der Stirn. Die Frauen hatten sich in Mackenrode aufgehalten, um zu gucken ob sich Faschisten zu einem FAP-Parteitag treffen. Kunze löcherte dann auch eine der Zeuginnen, was sie denn gegen den "legalen Parteitag" gemacht hätten, ob sie ihn gar verhindern wollten, dazu erhielt er aber keine nähere Auskunft.

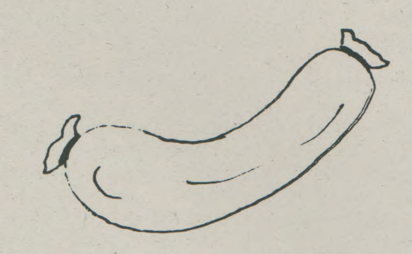




Die Anwälte der Nebenklage stellten einen Beweisantrag, dabei ging es darum , die politischen Zusammenhänge und Aktivitäten von Polacek zu thematisieren, da sie eine Begründung für seine latente Tötungsbereitschaft bieten. Über den Beweisantrag wurde aber nicht verhandelt, sondern die Zeugenvernehmung wurde fortgesetzt.Oliver Simon's Auftritt war kurz und widerwärtig,er verweigerte die Aussage als Zeuge, da er wegen der gleichen Sache ein Verfahren laufen hat.
Nachdem dann noch zwei Bullenzeugen, die allerdings kaum etwas zu sagen wußten, ihre Aussage gemacht hatten, endete der erste Prozeßtag.
Am zweiten Prozeßtag (28.3) wäre dann auch höchst wahrscheinlich das Urteil gesprochen worden, wenn nicht Kunze sein Anwaltsmandat niedergelegt hätte und dadurch den Prozeß platzen ließ. Er begründete seine Mandatsniederlegung damit, daß er bedroht werden könnte und ihm unterstellt würde, die politischen Ansichten von Polscek zu teilen, dem wäre aber nicht so. Außerdem begründete er in seiner Erklärung (die verlesen wurde, er selbst war nicht erschienen), daß es aus juristischen Gründen nicht möglich ist den Prozeß weiter zuführen, weil Polacek anwaltlich vertrten sein muß. So war es dann auch und daß bedeutet, daß in ein paar Monaten , das ganze Theater von vorne los geht. Für die beteiligten Zeuginnen ist das natürlich eine erneute Belastung, nochmal mit diesem Schwein konfrontiert zu werden konfrontiet zu werden und alles zu erzählen kostet viel Kraft und Nerven. Es liegt nah das Kuze darauf setzt, das nach einem längeren Zeitraum die öffentliche Stimmung gegen Polacek abgeflaut ist. Daß er sich durchaus in Übereinstimmung mit seinem Mandanten befindet hat er in den Prozeßen gegen Faschisten, die in den letzten Jahren immer von ihm vertreten wurden, bewiesen. Kunze hatte z.B im Prozeß gegen Heise bekanntgegeben, daß dieser untergetaucht ist und seine Erklärung vorgelesen. Offensichtlich hatte Kunze auch Schiß um seine Karrier bei den Republikanern, die sich genötigt sahen, sich öffentlich von Polacek zu distanzieren und zu beehaupten , Kunze's Funktion als Faschistenanwalt und sein Engagement in ihrer Partei hätten nix miteinander zu tun.
Die Nebenklage hatte schon vor dem Prozeß den Antrag gestellt, die Anklage von gefährlicher Körperverletzung auf versuchten Totschlag zu ändern, das war von Staatsanwaltschaft und Gericht abgeschmettert worden. Die Nebenklage kündigte an, nochmal einen Änderungsantrag zu stellen.
Die Termine für die Neuauflage des Prozesses sind voraussichtlich der 14./15./19./22.August.

Durch die relativ breite Öffentlichkeit gegen Faschisten in Göttingen, besonders nach dem Mord an Alex durch den Polacek-Zögling Oliver Simon , sind die staatlichen Stellen etwas unter Druck geraten, ihren "Antifaschismus" unter Beweis zu stellen. So gab es z.B. einige Veranstaltungen mit Staatsanwalt Heimgärtner, in denen er sich über "Extremismus bei Jugendlichen" und dessen Bekämpfung ausgelasssen hat. Wir kennen Heimgärtnär aus etlichen Prozessen gegen Antifaschistinnen und wissen, daß es pure Heuchelei ist, wenn er sich als Instanz gegen Faschisten aufspielt. Die ewigen Behauptungen von einem "Jugedproblem" suggerieren, daß Neonazismus sich auf ein bestimmtes (nicht ganz ernst zu nehmendes) Alter beschränkt; im Umkehrschluß handelt es sich bei Leuten die konsequent gegen Faschisten vorgehen ebenfalls um verwirrte Jugendliche bzw. hirnlose Chaoten. So werden die gesellschaftlichen Ursachen von Faschismus ausgeblendet oder beschränkt auf mangelnde sozialpädagogische Betreung.

Die große Aufmerksamkeit zum Prozeß gegen Polacek (der kaum als Jugendproblem dargestellt werden kann) war dann auch wieder Anlass für Glogowski(Innenminister von Niedersachsen/SPD), sich im Fernsehen für die Ausweisung von Polacek, der aus Österreich kommt, auszusprechen
Glogowski hatte das auch schon kurz nach dem Angriff mit dem Beil verkündet, es war aber nix in der Richtung passiert. Diese Möglichkeit wurde jedenfalls wieder als die Lösung des Problems" propagiert. Auch hier wird Augenwischerei betrieben, denn die Bedrohung durch dieFaschisten steigt oder sinkt , auf Dauer, nicht mit einer Person, genausowenig handelt es sich um ein spezielles lokales Problem. Brutale Überfälle bis hin zum Mord sind immer alltäglicherer Teil der BRD-Realität. In der gleichen Nacht in der Alex ermordet wurde, gab es laandesweit Überfälle durch Nazis, zwei Tage vorher wurde ein Kurde in Hachenburg bei Koblenz, von Faschisten erstochen. Doch die meisten dieser Überfälle und Morde finden in den Medien und der Öffentlichkeit keine Beachtung.
Es ist ein Hohn wenn die Fernsehsprecherin Glogowski gutes Gelingen wünscht und behauptet, "in einer Demokratie wie der unseren wäre für solche Personen (wie Polacek) kein Platz". Sie haben verdammt viel Platz und die



hierachischen, rassistischen, und sexistischen Strukturen von Staat und Gesellschaft bringen sie hervor.
Das Representanten des Staates wie Heimgärtner oder Glogowski die Problematik verfälschen und reduzieren, und zur Bekämpfung nichts beitragen können ist klar. Das eine etwaige Ausweisung von Polacek auf rassistischer Gesetzesgrundlage beruht, und Polacek natürlich in Österreich weitermachen würde, ist nur ein Beispiel für die Unmöglichkeit antifaschistischer Aktivitäten von staatlichen Obrigkeiten.
darum organisieren wir uns selbst!





DOKUMENTATION

erklärung

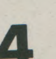
hinter dem faschismus steht das kapital!

scheiße, scheiße, scheiße ... wurst brennt nicht!!!!!!!!
wir haben in der nacht vom 17. auf den 18. märz versucht einen maschinenraum der fleisch und wurst-fabrik des giganten börner-eisenacher im industriegebiet göttingen/grone anzustecken.
wie?
zuerst bohrten wir ein loch in eine der plexiglasscheiben eines großen tores im hinteren teil der fabrik. mit schlauch und trichter füllten wir in die so geschaffene illegale öffnung ca. 15 liter benzin/diesel-gemisch. ein stück mullbinde diente als lunte und reichte von dem inneren benzinlache durch das bohrloch bis nach draußen auf den boden. eine benzinspur sollte ein sicheres zünden gewärleisten.
was ging schief?
durch ein vertauschen der kanister legten wir die zündspur mit diesel, der einfach nicht zünden wollte...wie vom pech verfolgt tauchte in dem moment ein passant auf, der uns zwang den tatort kurzfristig zu verlassen . als dann auch noch autos auftauchten war unsere ruhe dahin , und wir verpißten uns endgültig.
warum jetzt?
am 20./28. märz finden die ersten verhandlungstage gegen karl polacek wegen mordversuch (juristisch nur noch auf "gefährliche körperverletzung" herabgestuft) vor dem amtsgericht duderstadt statt.
er hatte am 14.juli 1990 versucht, eine antifaschistin mit einer axt zu erschlagen.
warum börner eisenacher?
der börner-eisenacher-clan, bekannt für seine äußerst rechte gesinnung und auf du und du mit der f.j.strauß-sippe, beschäftigt(e) den schiffselektriker und fap-funktionär karl polacek des öfteren, um durch ihn die wurst- und fleischmaschinen reparieren und warten zu lassen. natürlich auch, um dem faschisten-schwein ein einkommen zu gewährleisten. somit dazu beizutragen, daß das fap-zentrum in mackenrode nicht an geldmangel zusammenschrumpft. vermutlich bezahlte börner-eisenacher auch die kaution von 40.000,- dm für karl polacek, als dieser wegen des versuchten mordanschlages auf die antifaschistin (kurzzeitig) inhaftiert war.
daß börner-eisenacher nicht um die bedeutung, funktion und gesinnung polaceks, als einer der wichtigsten faschisten im raum süd-niedersachsen, wußten, ist auszuschließen.
spätestens seit der demo in mackenrode im mai 1988 durch das antifaschistische bündnis ist polacek jeder und jedem in göttingen ein begriff.
allerdings zählte polacek schon vorher (seit 1986) zu aktiven fap-faschisten. er organisiert(e) nicht nur in seinem haus in mackenrode zahlreiche faschistentreffen, parteitage und schulungen. er ist der ziehvater einschlägig bekannter skinheads in und um göttingen (gewesen). so von jörg latzkowiak, thorsten heise und oliver simon.
thorsten heise, u.a. angeklagt wegen seines mordversuchs an einem libanesen, den er mit seinem kübelwagen überfahren wollte, tauchte mitte mai 1990 in die ehemalige ddr ab. in ost-berlin anfang februar 1991 durch ein zielfahndungskommando der polizei gefaßt, sitzt er zur zeit in berlin-moabit und wartet auf den ersten prozeßtermin am 12.juni in göttingen.
oliver simon verübte zusammen mit sven schaf, einem anderen bekannten naziskin, in der silvesternacht 1990/91 den mord an alexander selchow. bis dahin wohnte simon bei karl polacek in mackenrode. simon wird auch bei dem prozeß am 20.märz 1991 in duderstadt gegen karl polacek, als zeuge geladen sein, da er bei dem axtangriff auf die antifaschistin ebenfalls mit von der partie war.
es wird deutlich, daß polacek nicht allein selbst zur axt greift, sondern auch geistiger* des faschisten- und skinterror in und um göttingen ist.
börner-eisenacher unterstützen faschisten!
kampf dem faschismus! fast alles andere ist wurst!
wir gehen nicht unter in unseren niederlagen, sondern in den kämpfen, die wir nicht führen!
kommando: machts bloß besser!

lebt den antifaschistischen kampf!
einige autonome antifas

*wegbereiter





ZUM IRAK

Im Folgenden veröffentlichen wir einen Text des antifaschistischen Widerstands im Irak. In ihm werden Positionen kritisiert, wie sie in großen Teilen der Anti-Kriegs-Bewegung während des Golfkrieges vertreten wurden (es gab auch andere Stimmen - differenziertere - , die in dem Text nicht erwähnt werden. Diese hatten aber auch kaum Wirksamkeit in der bürgerlichen und linksalternativen Öffentlichkeit). Hier der Text:

REV. - KAMPF GEGEN DIE US-AGRESSION AM GOLF UND GEGEN DAS FASCHISTISCHE REGIME IM IRAK

Wir meinen, das beides zusammengehört. Wir wenden uns gegen die neutralistische Haltung und die Unterstützung einer "weichen" imperialistischen Politik wie sie Teile der Friedensbewegung vertreten . Wir wenden uns auch, und darum soll es hier gehen, gegen den falschverstandenen Antiimperialismus einiger linker Gruppen und revolutionärer Kräfte, die zur militärischen Verteidigung des Irak aufrufen und/oder in Saddam Hussein einen Vertreter der arabischen Massen sehen wollen. Der terroristische Nationalismus und Rassismus des Ba´th- Regimes steht der sozialen Befreiung , nicht nur im Irak, im Weg. Deshalb muß der Kampf gegen den imperialistischen Krieg mit dem Kampf gegen das Saddam-Regime und die anderen reaktionären Regimes in der Region verbunden werden . Auch dort, wo es keinen Aufruf zur militärischen Verteidigung des Irak gibt, fehlt fast immer eine Solidarisierung mit den Opfern des ba`thistischen Terrors und mit dem irakischen Widerstand. Diese Kritik an verschiedenen Gruppen hätte schon vor Monaten erscheinen sollen. Viele der zitierten Flugblätter und Zeitungen sind schon älter, die vertretenen Positionen aber sind leider aktuell.

"Das hauptsächliche Interesse...muß die Niederlage der Inttervention der USA im Golf sein. Deswegen sind wir im Falle einer Blockade und des Kriegsausbruchs auf Seiten des Irak", so etwa die SAG (Stoppt die Kriegstreiber, Klassenkampf Nr.87,Okt. 90). Was heißt es, "auf Seiten des Irak zu sein"? Sollen die kommunistischen, demokratischen und Kurdischen Widerstandsorganisationen einen burgfrieden mit ihren Mördern schließen? Das Ba`th-Regime duldet keine unabhängige Organisierung. Die Gruppe ArbeiterInnenstandpunkt befürwortet "eine auf konkrete Aktionen beschränkte Einheitsfront, dort wo Husseins Politik fortschrittliche Elemente enthält...Gleichzeitig nehmen wir aber nichts von unserer revolutionären Propaganda gegen Husseins Diktatur zurück" (ArbeiterInnenstandpunkt Nr.28, Aug./Sep.90, Erklärung vom 24.8.90)

Das irakische Terrorregime übersteigt fast alles, was es an Diktatur auf der Welt gab und gibt. Die Irakische Kommunistische Partei (IKP-Zentralkomitee) schloß 1973 ein Bündnis mit der Ba´ th-Partei. Das Ergebnis war die Zerschlagung ihrer politischen Strukturen außerhalb Kurdistans, mehrere tausend KommunistInnen wurden ermordet. Wem möchten die genannten Gruppen empfehlen, diese Erfahrung zu wiederholen?

Im gesellschaftlichen Bereich trägt der irakische Ba´thismus alle Kennzeichen einer faschistischen Herrschaftsform:

Militarismus, Rassismus, Sexismus, offener Terror gegen jede Opposition, Antikommunismus, Führerkult, Gleichschaltung, soziale Basis im Kleinbürgertum, Völkermord an KurdInnen und ethischen/religiösen Minderheiten (Armeniern, Turkmenen, Assyrer, Chaldäer, Sbiiten, Juden). Das kurdische Volk der Failis, das seit über 100 Jahren im Irak lebt, wurde wegen seiner iranisch/persischen Herkunft vertrieben und enteignet, der Besitz der Failis wurde `verdienten´ Ba´thisten übereignet.

Besitz der Failis wurde ´verdienten Ba´thisten `übereignet.
In den 22 Jahren seiner Herrschaft hat das Regime den Irak mit einem effektiven Überwachungs- und Repressionsapparat überzogen. Wie soll die militärische Verteidigung des Irak von hier aus unterstützt werden? Solidaritätsdemonstrationen mit den deutschen Giftgasexporteuren, mit den Blockadebrechern aus den Reihen der Händler des Todes organisieren? In der Tat fordert die Gruppe ArbeiterInnenstandpunkt allen Ernstes "kostenlose Lieferung von Waffen aller Art" für den Irak. Die angehörigen der vergasten KurdInnen und Deserteure und der ermordeten politischen Gefangenen werden sich für diese Form von "internationaler Solidarität " herzlich bedanken Alle anderen Verteidiger des Irak schweigen sich über diese Frage vornehm aus, wohl weil ihnen jede konkrete Äußerung zu diesem Thema doch zu peinlich ist.

Es ist grenzenloser Zynismus, den irakischen und kurdischen Soldaten in der Armee Saddams von Europa aus ein kämpferisches "Durchhalten, Jungs!" zuzurufen. Oder wollt ihr selbst in die irakische Armee eintreten, um mit einem terroristischen Regime für dessen verbrecherische Ziele zu kämpfen? Sowohl der erste Golfkrieg gegen den Iran als auch der zweite Golfkrieg dienen allein den wirtschaftlichen und machtpolitischen Interessen der irakischen Staatsbourgeosie. Warum sollen die irakischen Soldaten für diese Kriegsziele sterben? Auch für den gegenwärtigen Krieg am Golf gilt eine Strategie, die ein gewisser Lenin als revolutionären Defaitismus (1) bezeichnet hat: Nicht eine Nation gegen die andereunterstützen, sondern den Krieg zur Revolution machen!

Das irakische Terrorregime wäre ohne die Zusammenarbeit mit den imperialistischen und revisionistischen(2)Staaten schon lange zusammengebrochen. Durch die Annektion Kuwaits geriet Sddam in Konflikt mit den imperialistischen Staaten. Das ändert jedoch auch nichts an der faschistischen Terrorpolitik des Regimes. Es ändert auch nichts an den Kriegszielen, für die das irakische Regime schon über eine Million Menschen verheizt hat-Ziele, die mit Befreiung nichts zu tun haben. Das langfristige Ziel Saddams ist die Ausbreitung des Bathismus über die ganze arabische Welt. Auf diese Weise würde sich auch der ba`thistische Terror über die ganze arabische Welt verbreiten. Diesem Ziel dient auch die aktuelle Kriegsführung. Wer in dieser Situation zur militärischen Verteidigung des Irak aufruft, verrät die Opfer des bathistischen Terrors. Dies ist, spiegelbildlich verkehrt, genauder gleiche Fehler, den Teile der Friedensbewegung machen, wenn sie aus den Raketenangriffen auf Israel schlußfolgern, sie müßten sich mit dem zionistischen Staat solidarisieren. Ist es wirklich so schwierig zwischen einem Staat und den dort lebenden Menschen zu unterscheiden?

Internationalistisch Politik muß sich mit allen Unterdrückten und Ausgebeuteten solidarisieren, jenseits aller taktischmilitärischen Erwägungen. Wenn die SAG sagt, wir unterstützen die Opfer des Imperialismus gegen ihre imperialistischen Unterdrücker", ist das richtig, aber die einheimischen Unterdrücker sollten auch dann nicht vergessen werden, wenn sie sich einmal mit ihren Herren anlegen. "Es geht darum den Imperialismus zu schwächen", heißt es da weiter. Abgesehen davon, das wir den westeuropäischen und japanischen Imperialismus nicht vergessen sollten: Der Golfkrieg bedeutet eine politische Stärkung des Imperialismus, aber auch der reaktionären Kräfte selbst. Nur wenn der irakische Widerstand den Krieg Kräfte (Ba`thismus und islamischer Fundamentalismus) in der Region selbst. Nur wenn der irakische Widerstand den Krieg zur Revolution gegen Ba`thismus und Imperialismus wenden kann, nur wenn die Befreiungsbewegungen des nahen Ostens den Kampf gegen den imperialistischen Krieg mit dem Kampf gegen ihre jeweiligen reaktionären Regimes verbinden, wenn die revolutionär- kommunistische Linke die Waffe der Solidarität richtig benutzt, nur dann wird der Imperialismus geschwächt aus dieser Konfrontation hervorgehen.

Bei der Gruppe Arbeiterpolitik heißt es:"In dieser verzweifelten und ohnmächtigen Massenstimmung wirkt der Angriff des Irak gegen Kuwait wie ein Fanal, ein Zeichen zum Aufstand, und erklärt die Sympathien, die Hussein in weiten Teilen arabischen und islamischen Welt erfährt, was nicht zu verwechseln ist mit Sympathie für Diktatur und Repression der Ba´thpartei im Irak selbst. Diese Stimmung erfassend ruft Saddam Hussein die Massen zum heiligen´Krieg auf, was angesichts der atireligiösen Tradition der Ba´thpartei nicht ohne Ironie ist...Den klassenstandpunkt in diesem Konflikt einzunehmen bedeutet deshalb, sich auf die Seite der arabischen Massen zu stellen, die im Krieg der Seite der arabischen Massen zu stellen, die im Imperialimus ihren unterdrücker sehen, der sie um seiner eigenen Interessen willen immer auf´s neue verraten hat, und für die deshalb der Irak unter Saddam Hussein den Kampf gegen diesen Imperialismus aufgenommen hat." Vom angeblichen Klassenstandpunkt geht es ohne weitere Übergänge zu den arabischen Massen ohne daß gesagt würde, welchen Klassenstandpunkt, welche Klassenzugehörigkeit, welche Ziele diese `Massen´haben. Der heilige Krieg kennt keinen Klassenstandpunkt, sondern nur Gläubige und Ungläubige. Die Unterstützung der àrabischen Massen´ für den ´starken Mann` Saddam beruht nicht zuletzt auf der Enttäuschung über das Versagen der arabischen Regimes und auch der revisionistischen Staaten mitsamt ihren Ideologien, und über die Schwäche der revolutionären Bewegungen in den meisten Teilen der arabischen Welt. Die Unterstützung der dafür ein solches Regime und die Hoffnung auf dessen militärische Schlagkraft weisen deutlich darauf hin, daß die arabische Bevölkerung gegenwärtig wenig Hoffnung hat, sich aus eigener Kraft befreien zu können.



Das irakische Regime hat die Massen ebenso um seiner eigenen Interessen willen verraten wie die imperialistischen Staaten. Es hat eben keinen antiimperialistischen Kampf aufgenommen, sondern sich bei seiner Aggressionspolitik schlicht verrechnet. Leider ist es Saddam dennoch gelungen, große Teile der arabischen Bevölkerung an der Nase herumzuführen. Das völlige Versagen der irakischen Militärmacht und die politische Kapitulation des irakischen Regimes haben noch einmal die Erfahrung von 1967 bestätigt. Nur der revolutionäre Kampf um Befreiung kann den Imperialismus besiegen.

Der Irak hat von 1980-88 einen Eroberungskrieg gegen den Iran geführt. Dieser Krieg wurde von den Golfmonarchien und den imperialistischen Staaten unterstützt und überhaupt erst ermöglicht. Das irakische Regime hat zugleich als erst ermöglicht. das irakische Regime hat diesen Krieg im eigenen Interesse geführt, und zugleich als regionale Vertretung des imperialismus versucht die US-Interessen militärisch durchzusetzen. Die Zusammenarbeit der



IRAKISCHE FLÜCHTLINGE

imperialistischen Staaten mit dem Irak war eine bewußte und gezielte Politik, die auf den gemeinsamen Interessen von Imperialisten und Ba´thisten beruhte.

Die Panamainvasion war sozusagen die Vorspeise für die USA beim Kampf um Macht und Einfluß auch unter den imperialistischen Staaten selbst. Noriega hatte zunächst mit Waffen und Drogen im Auftrag von Bush (damals CIA-Chef) gedealt. Als er sich geschäftlich unabhängig machen wollte wurde er abgesetzt. Auch Noriega hatte versucht, die Bevölkerung Lateinamerikas mit ` antiimperialistischen´ Parolen zu mobilisieren, was an der deutschen Linken glücklicherweise vorbeigegangen ist. Die panamesische Linke, zu schwach, um die Machtfrage zu stellen, verhielt sich neutral. Hätte sie Noriega verteidigen sollen?

Die Systeme der Bushs und Saddams sind miteinander verzahnt,auch wenn sie sich gelegentlich bekämpfen. Die imperialistischen Staaten brauchen Verbündete gegen die Befreiungskämpfe. Da ihre Interessen und die der Mehrheit der Menschen im Trikont gegensätzlich sind, brauchen sie effektive Diktatoren als Verbündete, auch wenn immer die Gefahr besteht, daß diese sich einmal gegen ihre Interessen wenden. Effektive Diktatoren wiederum brauchen von den imperialistischen Staaten Geld, Waffen und Technologie, weil sie trotz aller nationalstischen und àntiimperialistischen´ Parolen unfähig sind, die Abhängigkeit vom Imperialismus auch nur zu lockern.

Vom 15.-17.9.1990 fand in Amman ein Kongress der "arabischen Volkskräfte" statt. An dieser vom jordanischen König eröffneten Versammlung nahmen u.a. teil: die Ableger der irakischen Ba´thpartei aus den meisten arabischen Ba´thpartei, PFLP, DFLP, die Moslembruderschaft und die algerische Nationale Befreiungsfront (3). Beschlossen wurde u.a.: -die Unterstützung der irakischen Initiative vom 12.8.; d.h. der Verbindung des Abzugs aus Kuwait mit dem israelischen Abzug aus allen 1967 und danach besetzten Gebieten -die "Verteidigung des Irak gegenüber der imperiaslistischen, zionistischen Bedrohung und die vereitelung der verschwörerischen Blockade" - die Koordination der Aktivitäten der vertrtenen Organisationen auf gesamt- arabischer Ebene gegen die imperialistisch Intervention -"Befestigung des demokratischen Kurses und die Verteidigung der Rechte der arabischen Menschen überall".

Es heißt auch: "es war möglich, die neue Golfkrise im arabischen Rahmen und im arabischen Haus zu lösen. Es ist bewiesen das die irakische Führung mit allen friedlichen Mitteln versuchte, die Kuwaitfrage friedlich zu lösen ...Ziel der feindlichen Kräfte ist, einen arabischen Staat zu zerstören, der ein arabisches kulturelles Projekt in Gang setzte und der eine de-facto-Stützungskraft für einen qualitativen arabische Sprung..."(zitiert nach al-karamah) (4) Nr.14/1990)

Dies geht noch weit über eine Einheitsfront gegen die imperialistische Intervention hinaus. Alle Gruppen bekennen sich zum arabischen Nationalismus und schreiben dem irakischen Regime eine positive und führende Rolle zu. Tatsache aber ist:

-das irakische Regime hat Kuwait annektiert, um seine existetielle wirtschaftliche und politische Krise zu lösen. Erst die scharfe Reaktion der USA bewog Saddam die verknüpfung mit der Palästinafrage zu erklären.

-das Ba´th-Regime hat,wie die meisten arabischen Regimes, denpalästinensischen Befreiungskampf den palästinensischen Bden palästinensischen Befreiungskampf immer für seine machtpolitischen Ziele auszunutzen versucht.

Nur weil das irakische Regime sich sicher sein konnte, das weder Israel noch die USA darauf eingehen würden, hat es die Räumung Kuwaits mit der Räumung der besetzten Gebiete verknüpft.

-das irakische Regime führt also die Konfrontation mit dem Imperialismus an einem Punkt, der mit Befreiung nichts zu tun hat wenn es dazu noch eines Beweises bedarf: die brutale Vertreibung und Ausplünderung der ArbeitsimmigrantInnen sagt alles über den Charakter der irakischen Annektion. Hunderttausende aus den vielzitierten arabischen Massen ebenso wie aus den Reihen der asiatischen ArbeitsimmigrantInnen mußten wegen Saddams Politik aus dem Irak fliehen oder wurden wegen ihrer Nationalität vertrieben und damit ihrer Existenzgrundlage beraubt. Vorher schon hatten zwei Millionen Irakis im Ausland politisches Asyl suchen müssen. Die proirakische Mobilisierung baut somit auf einer Lüge auf, die alle Beteiligten aus verschiedenen Gründen für Wahr erklären. Wir gehen davon aus, daß zumindest PFLP und DFLP sich über den wahren Charakter der irakischen Politik im Klaren sind und dieses Bündnis aus taktischen Erwägungen geschlossen haben. Aus folgenden Gründen halten wir diese Entscheidung für problematisch:

-Schon der Krieg 1967 hat gezeigt, daß Israel nicht durch die konventionellen Armeen der arabischen Staaten besiegt werden kann. Aus eben dieser Erfahrung entstand die palästinensische Linke und löste sich der Befreiungskampf aus der Abhängigkeit von den arabischen Regimes. Nur der revolutionäre Kampf der Intifada und seine Ausdehnung auf andere arabische Staaten kann zur Befreiung führen.

-Das Bündnis mit vermeintlich fortschrittlichen nationalistischen Regimes endete für die Linke im Nahen Osten immer in einer blutigen Niederlage. Und anders als etwa das nasseristische (5) Äaypten hat der ba´thistische Irak keinerlei fortschrittliche Aspskte. Was für eine Art von Befreiung soll im Bündnis mit einem solchen Regime erkämpft werden?

Die von islamischen Fundamentalisten und Ba´ thisten benutzte Mobilisierung über eine religiöse und rassistische Polarisierung behindert den Kampf um soziale Befreiung, denn:

- Beide Richtungen haben kein Konzept für eine eigenständige Wirtschaftspolitik, die die Abhängigkeit vom Imperialismus beenden oder auch nur mindern könnte-schon deshalb ist ihr Antiimperialismus eine Phrase.
- Beide Richtungen befürworten die weitere Unterdrückung der Frauen in patriachalischen Ausbeutungsverhältnissen. Es steht wohl außer Frage, daß es in der arabischen Welt solange keine wirkliche Entwicklungspolitik geben kann, wie dort die Hälfte der Bevölkerung von den politischen Entscheidungen, sogar vom öffentlichen Leben ausgeschlossen bleibt.
- Beide Richtungen stehen für eine scharfe Diskriminierung religiöser und ethnischer Minderheiten (ChristInnen, KurdInnen, BerberInnen...),sie sind in dieser Hinsicht eine Umkehrung des Zionismus.

Wir wollen eine Situation vermeiden, in der die Solidarisierung mit dem kurdischen Befreiungskampf eine Entsolidarisierung mit dem palästinensischem Befreiungskampf bedeutet, bzw. umgekehrt. Im Zuge der aktuellen KoneiIkampffrontation werden Widersprüche deutlich, auch wenn sie bislang selten offen ausgesprochen werden. Wo bleibt die kurdische Bevölkerung, wenn dem irakischen Regime zugesprochen wird, daß es ein "arabisches kulturelles Projekt in Gang setzte", Wie verhält sich die "Verteidigung der Rechte arabischer Menschen" bei der "Befestigung des demokratischen Kurses" zu den Rechten kurdischer Menschen und anderer, die vom Rassismus des irakischen Regimes betroffen sind?
Viele Menschen und Gruppen aus der antiimperialistischen Bewegung in der BRD haben die Sichtweise der palästinensischen Linken ganz oder teilweise übernommen. Der Krieg gegen den Irak wird als Entscheidungsschlacht gesehen, in der letzten Endes nur eine der beiden kriegführenden Parteien unterstützt werden kann. Im Aufruf `Gegen den imperialistischen Krieg am Golf!` zur Demo am 8.12.90 in Hamburg heißt es:"Auch das irakische Regime war bisher ein den imperialistischen Staaten genehmes Regime: 8Jahre führte es Krieg gegen die `islamische Gefahr´ aus dem antiwestlichen Iran, es verkaufte das Öl zu niedrigen Preisen an die kapitalistischen Industrienationen, es unterdrückte die eigene kommunistische Opposition blutig und ermordete Zehntausende von Kurdinnen und Kurden mit Giftgas. Nun aber hat das irakische Regime offensichtlich die Gunst der `freien Welt´ verloren". Letzteres ist zwar richtig, ändert aber nichts an der terroristischen Repressionspolitik. Auch und gerade während des Krieges werden KurdInnen, KommunisInnen, andere Oppositionelle und Deserteure ermodet. Die hier benutzte Vergangenheitsform erweckt den falschen Eindruck, als hätte sich durch die Konfrontation mit den imperialistischen Staaten irgendetwas am Charakter oder der Politik des Regimes geändert. Keine der Forderungen in diesem Flugblatt, das von vielen Gruppen aus der autonomen und antisdimperialistischen Szene und Internationalismusgruppen unterzeichnet wurde, solidarisiert sich mit den Opfern des faschistischen Terrors im Irak oder den Widerstandsorganisationen. Das gilt leider für fast alle Flugblätter aus der Antikriegsbewegung, macht die Sache aber auch nicht besser. Weiter heißt es: "Die arabischen Massen haben keine Wahl, sie müssen sich verteidigen, auch wenn dieser Krieg erstmal kein revolutionärer Volkskrieg sein wird. Dieser Kampf fordert unsere antiimperialistische Solidarität mit ihnen. Wenn die imperialistischen Staaten alle kämpferischen Erfahrungen und Errungenschaften der arabischen Massen ersticken, hat das schärfste Auswirkungen auf die Befreicsungskämpfe überall auf der Welt! Deswegen muß unser Platz an der Seite der arabischen Massen und des kurdischen Volkes sein! Ihre antiimperialistische Mobilisierung ist die einzige Möglichkeit, das Risiko für die Imperialisten unkalkulierbar zu machen und sie dadurch doch noch von diesem Krieg abzuschrecken." Dieser Absatz, der in vergleichbarer Form in verschiedenen antiimperialistischen Flugblättern aufgetaucht, ist in jeder Hinsicht unkonkret. Wer sind die `arabischen Massen`(Klassenstand?, politische Ziele?) worum geht es in ihrem Kampf? Auch bei einem Verteidigungskampf kommt es auf die Ziele, die politische Perspektive an.
In einem von den gleichen Gruppen getragenen Flugblatt zur Demo am 12.1.91 heißt es dann:" Nicht nur die PalästinenserInnen haben aus ihrem jahrzehntelangen Kampf gelernt, daß sie nur auf ihre eigene Kraft vertrauen können und sich nicht von den reaktionären arabischen Regimen, die sie nur für ihre eigenen, machtpolitischen Interessen ausnutzen wollen, vertreten lassen können. Die jetzige Unterstützung des irakischen Regimes durch die arabischen Massen basiert nicht auf einem Einverständnis mit dessen Politik...sondern resultiert aus der Bedrohung der gesamten arabischen Region durch den imperialistischen Aufmarsch. Die arabischen Völker leben in bitterer Armut, in Unterdrückung und Ausbeutung, in Analphabetentum und Untererernährung." Es ist richtig und wichtig, der rassistischen Mobilisierung gegen `die Araber´hier etwas entgegen zusetzen. Dies sollte aber nicht durch schwammige, pauschalisierende und falsche Parolen geschehen. Ziel des irakischen Ba'th-Regimes ist die Ausdehnung seiner Herrschaft über die ganze arabische Welt. Das würde auch eine Ausdehnung des ba'thistischen Terrors bedeuten; Armut, Unterdrückung und Abhängigkeit vom Imperialismus würden nicht beendet, sondern verschärft. Die Unterstützung des irakischen Regimes im Krieg bedeutet automatisch eine Unterstützung seiner Kriegsziele. Kritik an der irakischen Innenpolitik ist überhaupt nur möglich, solange Saddam sich nicht durchgesetzt hat.
In al-karamah 14/1990 schreibt Abu Hashish:"Die irakischen, jordanischen und palästinensischen Massen...durchschauen und kennen den Feind - sei es die herrschende Klasse oder seien es die Invasoren zionistischer und imperialistischen Charakters - besser als diejenigen, die sich als Avantgarde bezeichnen". Das irakische Regime ist aber nicht weniger barbarisch als die imperialistischen Staaten, und es ist Teil jener Struktur in der arabischen Region, die diese Länder in Rückständigkeit und Unterwerfung hält. Das irakische Regime hat Vernichtungsfeldzüge durchgeführt, die nicht weniger zerstörerisch waren als die der imperialistischen Staaten (über eine Million Tote im Krieg gegen den Widerstand und den Iran, zwei Millionen Irakis mußten politisches Asyl suchen). Deshalb hat der irakische Widerstand die revolutionäre Linke in aller Welt dazu aufgerufen, mit allen Mitteln gegen den imperialistischen Krieg zu kämpfen und zugleich das irakische Volk zu unterstützen.
Ähnlich der Aufruf der GenossInnen aus der Hafenstr. zur Demo am 19.2.91, wo gesagt wird, daß "das irakische Regime nicht das ist , wofür es sich ausgibt heute...Aber es formuliert die Interessen vieler Menschen in der Region". Wie kann es diese Interessen formulieren, wennes nicht das ist, wofür es sich ausgibt? Welche Interessen? "Die Menschen dort fordern ein Recht auf Leben und Selbstbestimmung..."-eben dieses Recht hat das irakische Regime immer mit Füßen getreten, nicht anders als die anderen reaktionären Regimes der Region und die imperialistischen Staaten. Die tatsächlichen vom Regime formulierten Interessen sind die einer privilegierten Staatsbourgeoisie und -bürokratie. Wir lehnen jede Unterstützung, egal in welcher Form, für dieses faschistische Terrorregime im Irak ab. Ohne jeden Zweifel hat das irakische Volk am meisten unter diesem Krieg und unter Saddams Herrschaft gelitten. Warum erfolgt seitens der Antikriegs- und Internationalismusbewegung keine Solidarisierung?
Auch die oft erhobene Forderung nach einer Nahostkonferenz und einer 'arabischen' Lösung ist gefährlich, solange nicht klar gesagt wird, was damit gemeint ist. Wie soll es überhaupt angesichts der imperialistischen Abhängigkeitsverhältnisse eine 'arabische Lösung' geben können? Wenn sich Emire, Könige und Militärdiktatoren 'friedlich' über die Grenzen und Ölquellen einigen, so ist damit kein einziges Problem der arabischen Bevölkerung gelöst.

Die schnelle Niederlage des Irak ist nicht in erster Linie auf die militärische Stärke der imperialistischen Staaten, sondern auf die politische Schwäche des irakischen Regimes zurückzuführen. Mit faschistischem Terror nach innen und großangelegten Betrugsmanövern nach außen läßt sich eben kein antiimperialistischer Kampf führen. Um so wichtiger wird jetzt die Solidarität mit dem irakischen Volk gegen das Saddam-Regime. Nur eine revolutionäre Mobilisierung im Irak und in der ganzen Welt kann verhindern, daß die imperialistischen Staaten ihre 'neue Weltordnung im Irak durchsetzen. Die Parole Krieg dem imperialistischen Krieg' muß wieder ernster genommen werden. Ohne bewaffneten Kampf kann es nicht gelingen, die Kriegstreiber zu besiegen und den imperialistischen Krieg wirklich zu stoppen.

Antifaschistischer Widrstand aus dem Irak, 1.3.1991

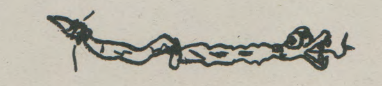
1 Defaitismus: Unglaube an einen Sieg

2 revisionistisch: historisch die Tendenz innerhalb der organisierten Arbeiterbewegung, die den Marxismus seines ursprünglichen Gehaltes beraubte - ihn "revidierte". Meint in diesem Zusammenhang die realsozialistische Staatengemeinschaft Osteuropas.

3 PFLP: Volksfront zur Befreiung Palästinas
DFLP: Demokratische Front zur Befreiung Palästinas

4 Al-Karamah: westdeutsche Zeitung, die sich mit dem Befreiungskampf in Arabien solidarisiert.

5 "nasseristisch": Nasser, ägyptischer Regierungschef seit 1954, führte eine"anti-imperialistische" Politik durch. Er nationalisierte 1956 den Suez-Kanal, unterstützte Algerien im Befreiungskampf gegen Frankreich. Er versuchte, die arabischen Länder zu vereinigen, scheiterte aber nach der Niederlage gegen Israel 1967.



DISKUSSION

Wir finden die grundsätzliche Kritik dieses Textes auch gerade heute notwendig - lange nach dem "Ende" der offiziellen Kriegshandlungen zwischen der US-Armee und ihren Vasallen und der irakischen Armee, weil der Krieg weitergegangen ist/weitergeht. Die imperialistischen Armeen beteiligen sich nicht mehr offen am Krieg, sondern lassen durch ihre lokalen Stellvertreter wieder wie überall auf den drei Kontinenten Krieg führen.
Schon kurz nach dem Waffenstillstand wurde der Krieg gegen die KurdInnen intensiviert: die türkische Regierung nutzte die Gunst der Stunde und ermordete viele KurdInnen. Der spontan ausbrechende Aufstand im Süd-Irak wurde vor den Augen der US-Armee blutig niedergeschlagen, weil der USA ein in seine Schranken gewiesener Saddam Hussein natürlich lieber ist als ein befreiter oder, wie es so schön heißt, "libanonisierer", Irak.
Im Norden wurde der spontane kurdische Aufstand nach anfänglichen, bemerkenswerten Erfolgen zurückgedrängt (und besiegt? - tausende von Toten blieben nach den Angriffen der irakischen Armee zurück (und es wird noch mehr tote geben...), fast die gesamte kurdische Bevölkerung des Nord-Irak ist auf der Flucht in den Iran oder die Türkei. Dort erwartet sie der Hungertod in riesigen Flüchtlingslagern, in denen unbeschreibliche Zustände herrschen - wenn sie es denn überhaupt schaffen, ein Lager zu erreichen und nicht im Schnee im Hochgebirge steckenbleiben.
Die flüchtende kurdische Bevölkerung, die um ihr Selbstbestimmungsrecht kämpfte, wurde/wird zum Spielball imperialistischer Interessen:
- Die Türkei schließt ihre Grenzen und überläßt den KurdInnen im Gebirge einen schmalen, unwirtlichen Streifen, wo sie dem Hungertod ausgeliefert sind. Die Türkei nimmt grundsätzlich nur europäische (!) Flüchtlinge auf. Andere Flüchtlinge, insbesondere KurdInnen, sind unerwünscht, weil die Türkei Angst vor einer Ausweitung des Aufstands der KurdInnen auf ihrem Staatsgebiet hat - und weil für sie eh jeder kurdische Flüchtling ein potentieller Anhänger der PKK ist.

- Die EG unterstützt eine "Schutzzone", die genau das strategische Erdölgebiet in Kurdistan umfaßt. Sie will sich so wieder mehr Einfluß in Nahhost sichern. Hier in der BRD wird die existentielle Not der KurdInnen sogar soweit instrumentalisiert, daß ihre Flucht und ihr Hunger den Einsatz deutscher Soldaten in Nahost rechtfertigen soll.
- Die USA macht gar nichts, denn die US-Regierung hat mal wieder die Pflicht entdeckt, sich nicht in die Angelegenheiten anderer Staaten einmischen zu dürfen - welch ein Hohn!
- Der Irak sieht die Chance, den Krieg gegen die KurdInnen endlich zu gewinnen und hofft - wie z.B. beim Massaker von Halabja - daß sich die imperialistischen Staaten und die von ihnen kontrollierte UNO nicht in seine inneren Angelegenheiten einmischt. Ein durchaus berechnendes Vorgehen, wie die letzten Wochen gezeigt haben.



Die "linken" Gruppen - und nicht nur die deutschen - bleiben sprachlos. Uns fällt nichts ein, wenn die bürgerlichen Medien hier Krokodilstränen über das Schicksal der KurdInnen weinen, während kein Kurde und keine Kurdin hier als Flüchtling aufgenommen wird. Das ganze ist sogar noch zynischer: während die Bundesluftwaffe in Kurdistan Nahrungsmittelpakete abwirft, damit die KurdInnen ein paar Krümel zu essen haben, gibt es nicht einmal einen Abschiebestop für in der BRD lebende kurdische Flüchtlinge (Taz v. 12.4.91). Kurdische ImmigrantInnen können also aufgrund des neuen Ausländergesetzes z.B. wegen Protesten gegen die Massaker in Kurdistan nach Kurdistan abgeschoben werden, wo sie dann aus der Luft von Bundeswehreinheiten ernährt werden sollen....

Am 14.4. und am 21.4. gab es wenigstens ein paar kleinere Demos, u.a. auch in Göttingen, aber massive Empörung der Anti-Kriegs-Bewegung und der sogenannten Friedensbewegung bleibt aus und es existiert kaum eine kritische Einschätzung der Lage, geschweige denn materielle und aktive Solidarität mit den KurdInnen.

Das gilt aber nicht nur für die deutschen Gruppen:

Die PLO hat z.B. noch kein offenes Wort der Solidarität mit dem kurdischen Volksaufstand und dem Kampf um ein unabhängiges Kurdistan veröffentlicht.

Ein anderes Beispiel:

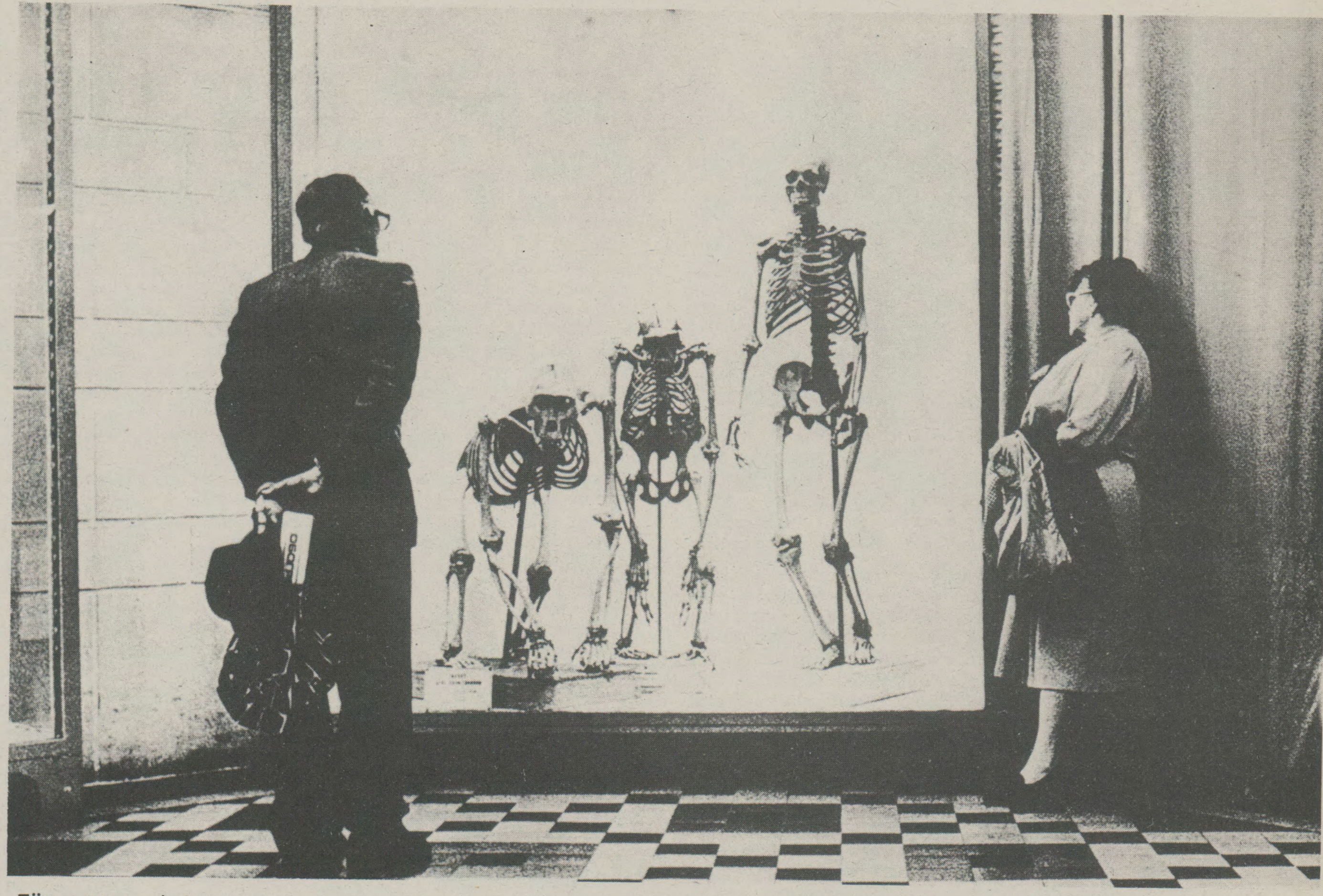
Auf einer Veranstaltung in der Aula der PH, die am 12.4. stattfand und vom Ausländerbeirat organisiert wurde, wurde das Thema 'Kurdistan' systematisch (?) ausgeblendet, bis sich der kurdische Vertreter auf dem Podium mit Unterstützung eines Teils des Publikums darüber beschwerte und noch über Kurdistan geredet werden konnte - wohlgemerkt, während Millionen von KurdInnen auf der Flucht sind, von Hunger und Panzern bedroht, war das auf einer Veranstaltung zu zukünftigen Perspektiven n Nahost kein selbstverständliches Thema. Der Vertreter der Informationsstelle Palästina mußte regelrecht von einigen Kurden aus dem Publikum "gezwungen" werden, das Wort 'Kurde' überhaupt zu erwähnen und sich mit ihrem "Leiden" zu solidarisieren, aber Worte der Solidarität mit ihrem Kampf um Befreiung kamen ihm trotz allem nicht über die Lippen (aber ihm war wichtig, daß der Irak nicht "territorial zersplittert" wird...).

Wir denken, daß diese Sprach- und Handlungslosigkeit von uns und anderen Geschichte hat. Wir wollen das verdeutlichen, indem wir Verbindungslinien ziehen zwischen der Stummheit der meisten "linken" Gruppen momentan, der Positionen und Einschätzungen zum Golfkrieg (und zu sozialen Bewegungen außerhalb der imperialistischen Zentren allgemein) und der kläglichen Minderheitenposition innerhalb der eigenen Gesellschaft hier.

(Wenn im weiteren von "linken" Gruppen die Rede ist, täuscht das Klarheit vor, die nicht da ist. Schon 1968 hatten sich die Frauen gegen die Männer im SDS (Sozialistischer Deutscher Studentenbund) gewehrt, die den Kampf der Frauen um Befreiung nicht ernstnehmen wollten - die Frauen bewarfen deshalb auf einem SDS-Kongress die Typen mit Tomaten, um sich Gehör zu verschaffen. Bis heute haben Frauen darum gekämpft, in ihrem Kampf von "linken" Männern ernstgenommen zu werden, aber die meisten dieser "linken" Männer tun das immer noch nicht, weil das auch eine Veränderung ihrer eigenen Männerrolle bedeuten würde.

Für sämtliche K-Gruppen z.B. galt, daß sie Feministinnen als "reaktionär" betrachteten, die "schonungslos bekämpft" werden müßten; die radikale "Linke" erwähnte den Kampf der Frauen in ihrem ersten Strategiepapier mit keinem Wort und die Auseinandersetzung innerhalb der Autonomen um Vergewaltigung in der Szene zeigte nur eins ganz deutlich: daß auch Vergewaltiger von den meisten autonomen Männern noch als "Linke" betrachtet werden.





Für uns ist nicht klar, was die "Linke" eigentlich ist. Für uns gibt es sie nicht. Wir meinen, daß zu dem Versuch, herrschaftsfrei zu leben, auf jeden Fall eine ganze Menge von Auseinandersetzungen gehören. Viele machen es sich zu einfach, sich "links" zu nennen, und die Sache ist geregelt. Weil die meisten kämpfenden Leute und Gruppen wie viele Frauen, Autonome, Nicht-Deutsche, Behinderte so verschieden sind, die Widersprüche so groß wie oben beschrieben, haben wir Schwierigkeiten, den Begriff "links" zu benutzen. Mangels Alternativen tun wir es trotzdem, aber in Anführungsstrichen. Blub.)

Grundsätzlich gehört zum Programm der 'Neuen' "Linken" die Solidarität mit den weltweiten Befreiungskämpfen. Die Solidarität mit dem vietnamesischen Volk, das gegen den imperialistischen Aggressor USA kämpfte; und die Demos gegen den Schah aus dem Iran waren wichtige Gründe für die gesellschaftlichen Aufbrüche 1968 und für die Formierung der neuen "linken" Gruppen.

Viele dieser Gruppen projizierten aber bald ihre eigenen Vorstellungen von Befreiung auf die weltweiten Befreiungsbewegungen, da es in der BRD weder Bedingungen zum gesellschaftlichen Umsturz noch relevante revolutionäre Organisationen gab, wie bald nach '68 ernüchtert festgestellt werden konnte. Die eigenen Träume sollten wenigstens von anderen verwirklicht bzw. der Imperialismus von außen gestürzt werden. Eine Analyse der eigenen Schwäche erfolgte allerdings selten, so daß bald die kritische Solidarität mit den Befreiungsbewegungen zu einer bedingungslosen, "unkritischen" wurde. Immer mehr verlagert(e) sich die Solidaritätsarbeit darauf, Organisationen zu unterstützen; die Menschen selbst, die Subjekte, die um Befreiung kämpf(t)en, gerieten aus dem Blickfeld - ebenso wie die, die aus welchen Gründen auch immer in die BRD flüchteten.

Ein Beispiel, was das klarer macht, ist das Verhältnis der meisten "linken" Gruppen zur PLO. Die PLO als Befreiungsorganisation für Palästina (und als selbsternannte alleinige Vertreterin der Stimme Palästinas) genießt fast uneingeschränkte Solidarität. Kritik an der PLO ist selten, obwohl es genug gute Gründe dafür gäbe:

In der gesamten Geschichte der PLO ist die palästinensiche "Linke" bekämpft (selbst mit Waffen) und ausgegrenzt worden. (Manchmal ist sie allerdings in die bestehenden bürokratischen Strukturen integriert worden, weil sie bereit war, revolutionäre Positionen zugunsten der vermeintlichen Einheit aufzugeben.) Das ist auch kein Wunder, denn die Führungskader der PLO sind solche, die aufgrund ihrer gesellschaftlichen Stellung kein Interesse an sozialer Befreiung oder der Aufhebung patriarchaler Verhältnisse haben, sondern nur "Interesse" an nationaler Befreiung. Deshalb gibt es auch keine grundlegenden Differenzen zwischen der PLO und den arabisch-reaktionären Regimes und Diktaturen, mit denen die PLO je nach Lage immer wieder Bündnisse eingeht und von ihnen finanziert wird (alles nachzulesen in einem interessanten Buch, das gerade erschienen ist: Kampf der Gegensätze - Palästina, von Ali Hashash; erhältlich natürlich im Buchladen Rote Str.).

Eine kritische Solidarität mit dem Befreiungskampf in Palästina würde erfordern, genauer unterscheiden zu lernen, was die PLO für Ziele hat und welche Ziele die kämpfenden Menschen haben, die die PLO unterstützen.

Wir wissen viel zu wenig über die Widersprüche innerhalb der PLO, über Widersprüche zwischen kämpfenden Männern und Frauen oder über Widersprüche zwischen den gesellschaftlichen Klassen. Diese Widersprüche sind aber real:

Es gibt verschiedene Fraktionen innerhalb der PLO; Frauen, die im Knast sexueller Folter ausgesetzt waren, werden von ihren Ehemännern/Vätern/Familien verstoßen, weil die Frauen "entehrt" seien; in den von Israel besetzten Gebieten profitiert die lokale Händler-Kleinbourgeoisie vom Boykott israelischer Waren...

Meist können wir aber auch wenig über diese Widersprüche erfahren, da wir den Kontakt zu und den gemeinsamen Kampf mit den hier lebenden ImmigrantInnen vernachlässigt haben - und wir so auf "offizielle" Verlautbarungen der Organisationen angewiesen sind. Die Zusammenarbeit mit ImmigrantInnen würde dazu führen, die Verhältnisse in ihren Herkunftsländern - und die rassistischen Mechanismen in unserer eigenen Gesellschaft - besser zu verstehen.

Wir denken, daß die "kritiklose" Solidarität mit Befreiungsorganisationen und die Tatsache, daß die "linken" Gruppen hier und die ImmigrantInnen quasi getrennte Kämpfe führen, sich gegenseitig bedingen. Die kritiklose Solidarität wird zum Mechanismus, die eigene Schwäche zu verdrängen, weil es ja mächtige ("anerkannte") Bündnisorganisationen gibt, die den Kampf um Befreiung organisieren, den wir hier nicht führen können. Ein genauerer Blick würde uns nur zeigen, daß die Realität in den drei Kontinenten (und hier) widerspruchsvoll ist, widerspruchsvoller, als wir es uns eingestehen - unsere Träume würden wie Seifenblasen platzen und wir würden "allein" dastehen. und wenn dann doch mal nicht mehr zu übersehen ist, daß solidarische Kritik angebracht wäre, dann gibt es trotzdem keine Kritik - stattdessen wird die Solidarität ganz aufgegeben (ein gutes Beispiel dafür ist Vietnam).

Wir denken, daß diese Angst vor Desillusionierung auch dazu führen kann, die Augen vor der Realität zu verschließen - und wenn sich die Realität dann mit Macht Bahn bricht, ohnmächtig dazustehen.

(Das Verhältnis zur PLO ist nur ein Beispiel; ähnliches gilt für das Verhältnis der meisten "linken" Gruppen zur IRA, oder zur ETA oder PKK, oder zu Nicaragua, oder zur FMLN oder zum ANC...die Beispiele sind relativ beliebig, die Mechanismen sind die gleichen).

Dieses Verhältnis zu den Befreiungsbewegungen bestimmte auch direkt die Postionen und Aktionen der Anti-Kriegs-Bewegung zum Golfkrieg. Unser Unverständnis der Situation in Nahost (Palästina, Irak, Kurdistan) schlug sich darin nieder, daß wir uns immer wieder mit den "arabischen" Massen solidarisierten und die internen Konflikte innerhalb der "arabischen Massen" weder sahen noch auch nur ansatzweise verstanden. Unsere mangelnde Zusammenarbeit mit den ImmigrantInnen hier führte dazu, daß es kaum gemeinsame Aktionen gab, die unsere propagierte Solidarität auch materiell füllten und ein besseres Verständnis der Lage mit sich gebracht hätten. Es gab zwar einige Diskussionen mit kurdischen, palästinensischen, irakischen ..Männern, aber ihre Diskussionen untereinander interessierten uns nicht sonderlich - wir verstanden nur Bahnhof.

Während des Golfkriegs konnten wir dieses Dilemma noch verdrängen: wir sind auf die Straße gegangen und machten das, was wir immer machen - gegen den US-Imperialismus protestieren (was ja auch nicht schlecht ist). Wir haben das beschriebene Spannungsverhältnis, das sich durch alle Fraktionen der "linken" Gruppen zieht, einfach dadurch "gelöst", daß wir uns die Praxis gerettet haben. Natürlich verpuffte die Praxis schnell, natürlich wuchs die Spannung deshalb um so schneller weiter, da der Krieg ja andauerte - bis heute.

Ins (für uns) unerträgliche Dilemma steigerte sich die Spannung spätestens da, als die irakische Armee anfing, die KurdInnen zu vertreiben und zu ermorden, da hier kaum etwas von uns passierte. Unsere "Solidarität" mit den "arabischen" Massen - verkörpert u.a. durch die PLO - erwies sich als ziemliche Plattheit, da dieselben, die wir in theoretischen Analysen zu regelrechten KämpferInnen gegen den US-Imperialismus umgedeutet haben, nun zur Niederschlagung des kurdischen Volksaufstands schweigen. Das schwierige Spannungsverhältnis - jeweils "unterschiedliche" "arabische Massen", gewiß nicht weniger durchdrungen von Rassismus und Sexismus als die "Massen" hier - auf der einen Seite, auf der anderen Seite die westlichen Imperialisten, Israel, arabisch-reaktionäre Regimes und Saddam Hussein und zwischen allen Stühlen die KurdInnen, selbst untereinander gespalten.

Die Spaltungen innerhalb der "arabischen Unterklassen" (die während des Golfkrieges für unsere Analysen nicht wichtig waren) treten jetzt offen zutage:

Einige kämpfen mit allen Mitteln gegen den irakischen Diktator, teilweise mit völlig_unterschiedlichen Zielen_(KurdInnen, islamische Fundamentalisten), viele schweigen, weil der von den US-Imperialisten besiegte Hussein nicht plötzlich ebenso bekämpfenswert sein kann, der Wechsel der Perspektive geht einfach nicht so schnell, andere wiederum wollen die staatliche Integrität des Irak verteidigen, manche von ihnen mit und manche gegen die KurdInnen, für die nächsten_hat der Kampf der "arabischen Massen" gegen den US-Imperialismus Vorrang vor allem anderen - und es gibt nur ganz wenig versprengte Stimmen außer den KurdInnen selbst, die den kurdischen Aufstand und ihren Kampf für einen eigenen Staat öffentlich unterstützen.
Zu diesen wenigen Stimmen gehört keine Befreiungsorganisation (die Schwierigkeiten mit der PLO wurden schon geschildert) - unsere Sprachlosigkeit ist also doppelt bestimmt:
Die Organisationen, denen wir uns verbunden fühlen, schweigen (und wer kennt schon kurdische Organisationen?...). Wir können uns also auf nichts beziehen und müßten uns eigene Gedanken machen - aber die haben wir nicht, weil wir uns halt meist auf die jetzt stummen Organisationen bezogen haben. Die ImmigrantInnen können uns auch nicht helfen, weil wir sie kaum kennen..
Also sagen wir lieber garnichts, denn egal, was wir sagen, immer würden wir für einen bestimmten Teil (und gegen einen anderen) der "arabischen Massen" Stellung beziehen. Die große solidarische Familie von versprengten westdeutschen "linken" und den "großen" Befreiungsorganisationen wäre dann gesprengt. Es scheint, daß wir uns da doch lieber verstecken, bis die Verhältnisse wieder so einfach sind, daß wir ohne Probleme solidarisch sein können, weil wir alle gegen den mächtigen US-Imperialismus sind.

So gesehen ist unsere Sprachlosigkeit jetzt ein Produkt unserer Positionen, die wir während des Golfkrieges bezogen haben, und darüber hinaus ein Produkt unserer Solidaritätsarbeit überhaupt.
Der Text des antifaschistischen Widerstands im Irak spricht diese Probleme an und kritisiert diese "linken" Positionen. Einige aus der Redaktion fanden das wichtig genug, um den Text zu veröffentlichen. Für andere aus der Redaktion stand allerdings eher im Vordergrund, daß der Text zwar Probleme aufzeigt, aber selbst keine Perspektiven zur Überwindung vorschlägt.
Wie bei den kritisierten Standpunkten fehlt auch im Text eine differenzierte Betrachtung dessen, was als "arabische Massen" in den Diskussionen umherschwirrt. Es wird zwar darauf hingewiesen, daß das ein sehr undifferenzierter Standpunkt ist, aber eine Analyse der Unterdrückungsverhältnisse im arabischen Raum wird nicht versucht, insbesondere wird nicht versucht zu erklären, woher die vermeintliche, breite Unterstützung für die Kriegspolitik Saddam Husseins kommt (bzw. ob es sie überhaupt gab, diese Unterstützung).
Die rassistische Mobilisierung gegen arabische (meist palästinensische) und asiatische ImmigrantInnen in den reichen Ölländern und das grundsätzlich gegensätzliche Verhältnis zwischen Unterdrückten und arabisch-reaktionären Nationalregimes - beides wird erwähnt. Wir glauben, daß eine gründlichere Betrachtung dieser Phänomene in Zukunft wichtig sein wird: Ansätze dazu liefert der Text.
Besonders wichtig - gerade angesichts der jetzigen Situation in Kurdistan - finden wir, daß der Text davon ausgeht, daß eine Situation vermieden werden soll, in der die Solidarisierung mit dem kurdischen Befreiungskampf eine Entsolidarisierung mit dem palästinensischen bedeutet, und umgekehrt.

Wichtig deshalb, weil solch eine Situation tendenziell da ist und Stimmen selten sind, die sich gleichzeitig mit dem kurdischen und palästinensischen Befreiungskampf solidarisieren.
Patriarchale Unterdrückungsverhältnisse werden in dem Text zwar erwähnt (was nicht selbstverständlich ist, wenn mann/frau sich die gesammelten Gedanken zum Krieg am Golf anschaut), werden aber halt nur erwähnt. So droht das wieder mal zur Floskel zu verkommen.
Wir wollen noch einmal unsere Kritik zusammenfassen: Der Text aus dem Irak-Info ist für uns ein Anstoß zur Diskussion gewesen. Aber inhaltlich trägt er zu den Fragen und Streitpunkten, die unserer Diskussion aufgekommen sind, auch nicht viel bei. Differenzierter zu gucken, heißt für uns, nicht immer wieder von "Klassen" und "Imperialismus" zu reden, ohne selbst die genauen Unterschiede zwischen den Menschen aufzuzeigen. Differenzierter zu beobachten, heißt außerdem für uns, nicht sonstwie belesen und fachmensch auf dem Nahostgebiet oder für Trikontbewegungen zu sein, sondern einfach nicht in platten Weltbildern zu verharren. Kritik an Befreiungsbewegungen ist notwendig. Aber sie ist nur ehrlich, wenn die eigene (Herrschafts)-Position und Lebenssituation mit einbezogen wird. Wenn vieles aus den Ländern nicht verstanden wird, kann einer/eine die Flüchtlinge hier auch mal selbst fragen.

INTERVIEW MIT DREI KURDEN

Djalal: Okay, ich werde einen Überblick über die Geschichte der Kurden abgeben. Die Kurden sind unter diesem Namen seit über 2000 Jahren bekannt. Die Vorfahren der Kurden waren die Meder. Sie lebten 2000 vor Christus in Kurdistan. Vor der islamischen Invasion waren die Kurden keine Muslime und haben eine eigene Religion gehabt. D.h. es gab keinen Staat, von dem man sagte, es sei ein kurdischer Staat, sondern die Kurden wurden immer wieder von den Persern, Türken oder Arabern beherrscht.
Nach dem ersten Weltkrieg wurde Kurdistan durch die Kolonialmächte auf die vier Staaten Türkei, Syrien, Irak und Iran verteilt. Insgesamt kann man die kurdische Bevölkerung auf 25 Millionen schätzen. Davon leben 14 Millionen in der Türkei, ca. 4 Millionen im Irak, 5 Millionen im Iran, 1 Million in Syrien und einige 100.000 in der Sowjetunion und im Libanon.
Und obwohl den Kurden 1920 auf der Konferenz von Lausanne ein eigener Staat versprochen wurde, was noch einmal durch den Völkerbund bestätigt wurde, verweigerte die türkische Regierung(Atatürk) die Bildung eines kurdischen Staates. Das kurdische Gebiet blieb weiterhin von den Besatzungsmächten besetzt. Das ist ganz kurz die Geschichte Kurdistans.
NESTBESCHMUTZ: Wo kommt ihr her?
Djalal: Wir kommen aus dem irakischen Kurdistan, aus einer kleinen Stadt namens Penguin aus der Provinz Suleymania.
NESTBESCHMUTZ: Seit wann seid ihr hier?
Djalal: Ich bin 1978 in die Berge von Kurdistan geflüchtet und dort habe ich als Partisan gekämpft - ein Jahr lang. Danach bin ich in den Iran gegangen und später, 1981, bin ich nach Holland gekommen. Dort habe ein Jahr als sogenannter Asylant gelebt. Die holländischen Behörden wollten mich nach Syrien abschieben, weil ich mich dort länger als einen Monat aufgehalten hatte. Dann bin ich über die "grüne" Grenze in die BRD gekommen. Das war 1982. Nach zwei Jahren bin ich als asylberechtigt anerkannt worden.
Zaradasht: Ich habe Bauingenieur studiert und das Studium 1983 abgeschlossen. Direkt nach dem Studium habe ich 10 Monate Ersatzdienst geleistet. Ich habe den Dienst nicht abgeschlossen und bin aus politischen Gründen geflüchtet. 1985 habe ich das Land verlassen. Zuerst bin ich in den Iran geflüchtet, dort blieb ich ein Jahr und dann bin ich über Ost-Berlin nach Westberlin gekommen.



Nabaz: Ich habe im Irak Abitur gemacht, danach habe ich in Babylon an einer technischen Fachhochschule studiert. Nach zwei Semestern habe ich das Studium abgebrochen und bin aus politischen Gründen geflüchtet. Während der Zeit in Babylon war ich zwei Wochen im Knast. Mir wurde vorgeworfen, daß ich zur Opposition gehöre. Ich bin 1985 über die grüne Grenze in den Iran geflohen. Im Juni 1986 bin ich vom Iran über Österreich in die BRD gekommen. Nach zwei Jahren, im Dezember 1988, wurde ich als asylberechtigt anerkannt.
NESTBESCHMUTZ: Wo habt ihr vor eurer Flucht gelebt?
Djalal: Also ich war Schüler. Wir waren in unserer Stadt an der Schule politisch aktiv, haben die Menschen aufgeklärt, haben Flugblätter verteilt. Die Folge davon war, daß ein Freund von mir durch eine Razzia der Polizei festgenommen wurde.
Zaradasht: Ich habe mein Studium abgeschlossen. Während des Studiums war ich politisch aktiv. Nach dem Studium habe ich meinen Ersatzdienst abgeleistet. Das war damals eine Sondergesetz für die Kurden, weil es damals, 1982, zu Protesten und Demonstrationen gekommen ist.

92.000 Kurden desertierten 1982 während des Krieges aus der irakischen Armee. Daraufhin wurde dieses Sondergesetz für die Kurden in Kurdistan erlassen.
Ich bin dann geflüchtet und habe mich in einem kleinen Dorf aufgehalten. Dann habe ich mich entschlossen, das Land zu verlassen.
Djalal: Ich wollte noch darauf hinweisen, daß die Flucht nicht so einfach war. Wir mußten in der Nacht über die Berge, an Militärposten und -festungen vorbei fliehen. Man riskiert natürlich sein Leben. Entweder man kommt durch oder nicht. Es war sehr, sehr gefährlich. Wenn sie jemand dabei erwischen, wird er entweder erschossen oder später hingerichtet.
NESTBESCHMUTZ:Seid ihr allein geflohen?
Djalal: Mit meinem Bruder, der in England lebt, und mit 3 anderen Freunden.
NESTBESCHMUTZ: Könnt ihr uns was von eurer Situation in der BRD erzählen, als ihr hergekommen seid und wie es dann weiterging?
Djalal: Am Anfang, als ich hierher kam, habe ich einen Antrag auf Asyl gestellt. Es war natürlich für uns sehr schwierig. Ich wurde in einem Asylantenlager bei Frankfurt untergebracht. Wir waren ca. 2000 Menschen aus verschiedenen Ländern. Es war schrecklich in dem Lager. Wir waren zu sechst in einem Zimmer, sechs Leute aus verschiedenen Ländern. Wir konnten überhaupt nicht miteinander zurechtkommen. So haben wir 2 Monate gelebt. Wir haben Essen bekommen und 60.- Taschengeld im Monat, was nicht einmal für Briefe und Telefon ausreichte. Später wurde ich in ein anderes Asylantenlager umgesiedelt. Dort haben wir zu viert in einem Zimmer gelebt und später dann, nach 2 bis 3 Monaten, konnten wir selbst aussuchen, mit wem wir leben wollten. Dann haben wir zu 4 Kurden zusammengelebt. Auf diese Weise habe ich insgesamt 6 Monate verbracht. Später wurde ich von Hessen ins Saarland gebracht, auch dort habe ich mit 4 Leuten aus verschiedenen Nationen in einem Zimmer gelebt. 2 Monate war ich in diesem Lager in Sulzbach. Dann wurde ich nach Saarbrücken verlegt. Dort habe ich in einem Asylantenlager, das vorher ein Hotel war, mit einem anderen Kurden auf einem Zimmer gelebt. Insgesamt habe ich 2 Jahre in verschiedenen Lagern gelebt, danach wurde ich als sogenannter Asylant anerkannt.
Dann durfte ich das Lager verlassen und mir selbst ein Zimmer suchen. Ich konnte mich frei bewegen, dorthin wo ich hinwollte. Vorher durfte man nicht das Gebiet verlassen, wo man untergebracht war. Als ich in Saarbrücken im Lager war, durfte ich mich nur in Saarbrücken und im Umkreis von 10km bewegen. Diese Zeit war eine sehr schwierige Zeit. Wir durften auch nicht arbeiten, keinen Sprachkurs besuchen.
Nach der Anerkennung habe ich einen Sprachkurs besucht, obwohl ich schon vorher Deutsch gelernt hatte. Später bin ich auf die Idee gekommen zu studieren. Seit 5 Jahren studiere ich jetzt.
Zaradasht: Ich bin damals von Teheran über Ost-Berlin nach West-Berlin gekommen. Dieses Tor von Ost-Berlin nach West-Berlin und dadurch in die BRD war noch offen. Von West-Berlin bin ich mit dem Zug nach Göttingen gekommen. Ich habe damals Glück gehabt, daß ich an der Grenze in Helmstedt nicht erwischt worden bin. Ich bin in Göttingen angekommen und habe mich am gleichen Tag bei der Polizei gemeldet. Am nächsten Tag habe ich einen Asylantrag gestellt. Es hat 3 Jahre gedauert, bis ich anerkannt worden bin. Ich durfte in dieser Zeit den Landkreis Göttingen nicht verlassen und durfte nicht arbeiten. Ich habe mir viel Mühe gegeben, die deutsche Sprache zu lernen.
NESTBESCHMUTZ: Könnt ihr erzählen, wie ihr euch in Göttingen zusammengeschlossen habt und euch für Kurdistan politisch engagiert?

Djalal: Ich bin vor 5 Jahren nach Göttingen gezogen, weil ich hier studieren wollte. Nabaz kannte ich aus Kurdistan, Zaradasht habe ich hier kennengelernt. Für uns ist es sehr einfach, sich kennenzulernen, denn die Kurden, die hier leben, sind alle politisch verfolgte Menschen und haben alle das gleiche Ziel. Wir haben ab und zu politisch zusammen gearbeitet. In letzter Zeit arbeiten wir sehr intensiv zusammen, denn die Ereignisse in letzter Zeit bedingen das. So haben wir uns in Göttingen kennengelernt. Wir haben natürlich auch Kontakt zu anderen kurdischen Gruppierungen in anderen Städten. Wenn wir aktiv werden wollen, dann rufen wir einfach einander an und organisieren den Zusammenhalt.

Zaradasht: Seitdem ich in Göttingen bin, setze ich mich für Kurdistan ein. Ich bin auch ab und zu im Antifa-Widerstand in Göttingen aktiv.

Djalal: Wenn eine Demo gegen Faschismus war, haben wir uns beteiligt. z.B. vor 3 Jahren in Mackenrode sind viele Kurden dort hingefahren. Auch in Göttingen haben wir uns an Demos beteiligt. Kampf gegen den Faschismus gibt es im Irak, weil das irakische Regime ein faschistisches ist.

NESTBESCHMUTZ: Gibt es politisch unterschiedliche Ausrichtungen bei euch unter den Kurden oder verschiedene Gruppen?

Djalal: Wir gehören keiner der politischen Parteien in Kurdistan an. Aber wir haben natürlich eigene Vorstellungen und eine eigene Ideologie. Natürlich gibt es verschiedene Gruppen. In Göttingen gibt es keine offiziellen kurdischen Parteien. Es gibt die Arbeitsgruppe Kurdistan, in der wir auch arbeiten. Es gibt aber auch andere Leute, die auch anders denken, klar.

Zaradasht: Die Kurden hier in Göttingen sind unabhängig von allen Parteien. Wir haben die Arbeitsgruppe Kurdistan, die zur Zeit sehr aktiv ist. Früher hat es andere kurdische Gruppen hier in Göttingen gegeben, sie waren fast alle Unabhängige.

NESTBESCHMUTZ: Arbeiten in euren Gruppen auch Frauen und Männer aus der BRD mit? Habt ihr engeren Kontakt zu anderen Gruppen?

Djalal: Es gibt auch Nicht-Kurden und Nicht-Kurdinnen in den Gruppen: das schließt auch deutsche BürgerInnen ein, die auch sehr aktiv dabei sind. Gerade bei dieser Mahnwache fühlen wir uns auch gut dabei, daß Deutsche sich sehr solidarisch verhalten und uns bei der Mahnwache helfen.

Zaradasht: Eins dürfen wir nicht vergessen. Es sind meist deutsche Frauen, die in unserer Arbeitsgruppe sehr aktiv sind - aktiver als viele.

NESTBESCHMUTZ: Leben hier auch kurdische Frauen?

Zaradasht: Es leben hier auch kurdische Frauen, aber es sind nicht so viele, vielleicht fünf bis sechs Kurdinnen, die nicht sehr aktiv sind - abgesehen von einer, die ab und zu mitmacht.

Djalal: Bezüglich der anderen, die bestimmt auch politisch verfolgt wurden: in den Diskussionen sind sie eigentlich sehr interessiert. Sie gehen auch zu den Demos, d.h. sie sind also auch aktiv.

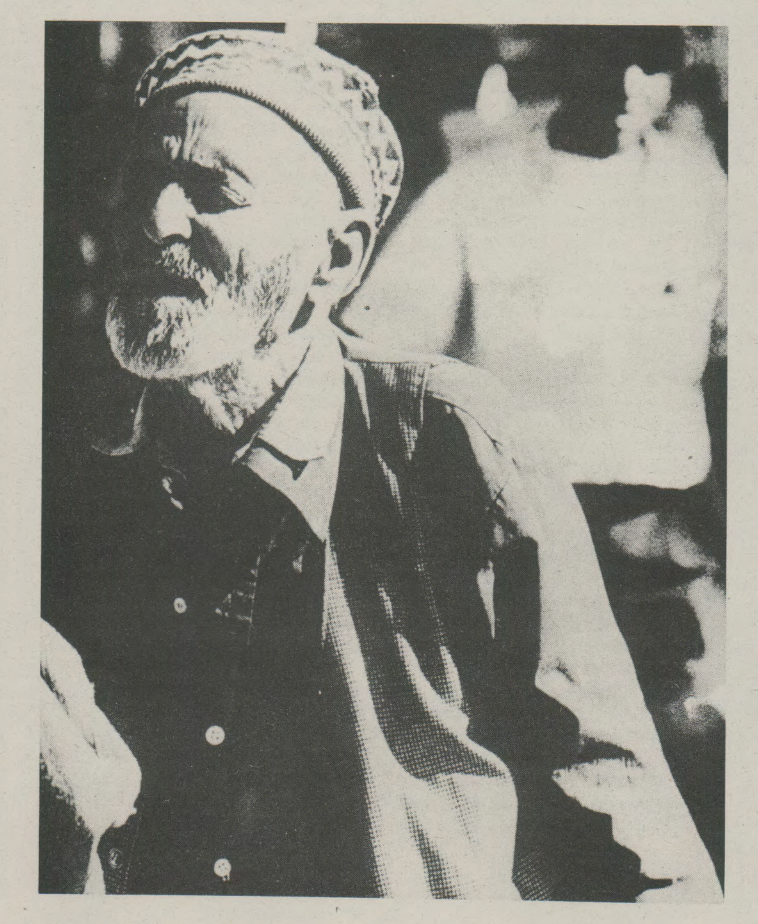
Hier leben auch 2 Frauen aus Kurdistan-Türkei, die mit mir studieren. Beide sind bei der Mahnwache gewesen und immer bei den Demos.

Zaradasht: In anderen Städten, z.B. in Bonn, kennen wir viele Frauen, die politisch aktiv sind und sehr viel organisieren. Diese Frauen habe ich in Bonn auf der Mahnwache kennengelernt. Sie waren sehr aktiv. Auch viele KurdInnen aus Syrien und der Türkei haben an der Mahnwache in Bonn teilgenommen.

NESTBESCHMUTZ: Habt ihr Erfahrungen mit KurdInnen, die in politischen Parteien organisiert und hier leben?

Djalal: In Göttingen nicht, aber in anderen Städten gibt es KurdInnen, die in Parteien aktiv sind. Auf der Mahnwache habe ich mich mit ein paar von ihnen unterhalten. Sie haben mir Flugblätter von ihren Parteien gegeben.

Zaradasht: Göttingen ist eine Ausnahme. Alle KurdInnen, die hier leben, gehören keiner Partei an.





Djalal: Ich möchte noch hinzufügen, daß das nicht bedeutet, daß die Leute hier nicht politisch verfolgt oder aktiv waren. Wir haben dort auch gekämpft, obwohl wir keiner politischen Partei angehörten. Hier sind wir weiter aktiv.

NESTBESCHMUTZ: Wir sieht der Kontakt zu türkischen KurdInnen aus?

Djalal: Hier in Göttingen gibt es wenige KurdInnen aus der Türkei. Mit ihnen stehen wir in Kontakt. Wir diskutieren über die gesamte politische Lage in Kurdistan. In anderen Städten, z.B. in Köln und Berlin, gibt es sehr viele kurdische Organisationen. NESTBESCHMUTZ: Möchtet ihr wieder nach Kurdistan zurück, und wenn, unter welchen Bedingungen?

Djalal: Ich bin dabei, jetzt nach Kurdistan zurückzukehren, um den Menschen zu helfen bzw. später auch zu kämpfen. Ich will jetzt zurückkehren.

Zaradasht: Ich habe immer die Hoffnung gehabt, daß ich bald nach Kurdistan zurückkehren könnte. Ich bin jederzeit bereit zurückzukehren, wenn ich dort gebraucht werde und Menschen helfen könnte. Langfristig will ich nicht hier in Deutschland bleiben, aber es ist schwer zu entscheiden, unter welchen Bedingungen ich zurückkehre.

NESTBESCHMUTZ: In welchem Ausmaß seid ihr hier mit Rassismus oder Ausländerfeindlichkeit konfrontiert - sowohl auf der Straße als auch in politischen Zusammenhängen?

Djalal: Wenn du im Supermarkt einkaufst und die Leute irgendwie anders reagieren. Oder im Büro, z.B. auf dem Sozialamt: da wird man als Drückeberger behandelt, da geht man hin als Asylbewerber und wird anders behandelt als ein Einheimischer. Das ist für mich Rassismus.

Natürlich spürt man auch in der Stadt Rassismus. Sonst kann ich nichts berichten, nur ein einziges Mal bin ich auf einer Tankstelle, wo ich etwas zu essen kaufen wollte, mit einem Lastwagenfahrer aneinander geraten. Er stellte sich in die Schlange einfach vor mich und beschimpfte mich als "Ausländer". Ich habe mich da aufgeregt und sofort darauf reagiert. Andere Deutsche haben mich unterstützt.

Zaradasht: Ich bin bis jetzt noch nicht in Göttingen angemacht worden. Ich glaube, in Göttingen geht es mit der Ausländerfeindlichkeit im Vergleich zu anderen Städten. Der Grund dafür liegt wohl in den Aktivitäten des antifaschistischen Widerstands, der sehr aktiv ist in dieser Stadt. Ausländerfeinde haben in Göttingen sehr wenig Möglichkeiten, offen aufzutreten und Leute zu provozieren. Ich kenne aber auch andere Ausländer in Göttingen, die in der Stadt oder in der Umgebung geschlagen oder irgendwie angemacht wurden. Ich habe damit keine Erfahrungen gemacht.

Djalal: Allein diesen alltäglichen Rassismus zu spüren, ist aber schlimm genug - nicht nur Schläge sind Rassismus. Wenn man von jemandem komisch angeschaut wird, das ist auch Rassismus. Es ist klar, daß das ein Problem ist; diese Blicke z.B. finden wir sehr unnatürlich. Es ist klar, daß die antifaschistische Bewegung hier stark ist. Wir finden es gut, daß die Skins und die Rechtsextremisten hier nicht so einfach auftreten können.

Zaradasht: Im Alltag bekommen wir den Rassismus trotzdem zu spüren.

NESTBESCHMUTZ: Wie ist das Verhältnis überhaupt zur "deutschen Linken"? Wie solidarisch sind linke Gruppen und welche Kritik habt ihr an der "Linken" hier?

Djalal: Langsam melden sich die linken Gruppierungen zu Kurdistan zu Wort. Wir haben bis vor kurzem kaum Solidarität von diesen Gruppen erfahren. Ich weiß auch nicht, woran das liegt, denn der Kampf um die Befreiung Kurdistans ist ein gerechter Kampf und man muß sich mit dem kurdischen Volk solidarisieren. Mit Sicherheit gibt es verschiedene Gruppierungen und Parteien, aber man muß sich mit dem Volk solidarisieren. In den letzten Tagen kommen die Leute langsam zu uns, z.B. zur Mahnwache zum Gedenken an den momentanen Völkermord. Wir diskutieren miteinander und bauen dabei etwas auf.

Zaradasht: Uns fehlte bis jetzt die Solidarität der Linken in Göttingen. Ich möchte noch einmal auf die jetzige Situation eingehen - auf den Völkermord an den KurdInnen. 12 Tage lang haben wir niemanden aus den linken Gruppen gesehen, weder ein Flugblatt noch Transparente, also keine einzige Stellungnahme zum Völkermord in Kurdistan. Ich bin kurz einmal im JuZI gewesen. Da waren über 30 Leute und die haben die ganze Zeit nur geschwiegen und haben keine Stellung bezogen. Ich kann nicht begreifen, warum das so ist, warum wir keine Solidarität erfahren. Und mensch konnte einfach die politische Einstellung zur Seite schieben. Es geht um Menschen, die vertrieben werden. Es ist jetzt bekannt, daß über 3 Millionen Menschen vertrieben worden sind. Sie brauchen sofort humanitäre Hilfe, aber das heißt nicht, daß wir das kurdische Problem als humanitäres Problem betrachten. Im Gegenteil, es ist ein politisches Problem. Ich kann nur sagen, daß ich von den Linken hier enttäuscht bin. Ich habe von ihnen mehr erwartet. Wir wollen aber nicht aufgeben, daß wir die Menschen in Bewegung bringen. Sie sollen sich zu Wort melden und nicht schweigen, weil es um Menschenleben geht, nicht um irgendeine politische Einstellung bezüglich der USA oder anderer imperialistischer Staaten, die überall nur für ihr eigenes Interesse eintreten. Es ging und geht seit dem Golfkrieg nicht um Völkerrecht, nirgendwo auf der ganzen Welt. Die USA und ihre Verbündeten haben den Frieden wieder hergestellt in Kuwait, d. h. Frieden für die Monarchisten - sie sind auch die einzigen, die nach der Befreiung Kuwaits davon reden, daß Menschenrechtsverletzungen stattgefunden haben.

Djalal: Ich wollte was über den Volksaufstand in Kurdistan/Irak sagen. Das war eine einzigartige Sache in der Geschichte der Kurden, aber auch der Aufstand im Süden des Irak war einzigartig. Man darf natürlich diesen Aufstand nicht mit Nationalitäts- und religiösen Konflikten verwechseln, denn es ist nicht so, wie in den westlichen Medien über die Aufstände berichtet wird. Der Volksaufstand wird in den Medien nur diffamiert. Sie berichten, eine Folge der Aufstände wäre ein fundamentalistisch-religiöser Staat im Irak, gegen den die westlichen Staaten was hätten. Natürlich wäre ein demokratischer Staat, der aus Kurden, aus Schiiten, aus gemäßigten Kräften, aus Demokraten, aus Linken gebildet werden würde, nicht im Interesse der USA und der anderen Staaten. Es gibt Kurden, es gibt Schiiten. Auch im Süden müssen Menschen flüchten, aber das ist nicht vergleichbar mit Kurdistan.

Saddam Hussein hat seine ganze Rache auf die Kurden gerichtet. Es gibt kaum noch Kurden, die in den Städten zurückgeblieben sind. Allein diese große Flucht ist ein Protest gegen die ganze Welt. Da muß man sich als Linker oder als Mensch, der Frieden und Freiheit liebt, mit den Kurden auf der Flucht solidarisieren. Man hat jetz auch gesehen, daß Hussein ein Faschist ist. Er wird versuchen, jedes Mittel gegen die Aufständischen und die Zivilbevölkerung einzusetzen, um an der Macht zu bleiben, egal, ob dabei Millionen von Menschen ums Leben kommen. Bereits während des Volksaufstands und auf der Flucht hat schon mehr als 100.000 Tote gegeben. Täglich sterben weiterhin tausende von Menschen, weil es in den Bergen Kurdistans keine Dörfer mehr gibt. Sie wurden in den letzten Jahren zerstört - infolge der Politik der Zwangsumsiedlungen und Assimilierungsversuche der Kurden. Die Menschen haben also kein Dach über dem Kopf, das war mit Sicherheit in den Medien auch zu sehen. Es ist sehr kalt, so daß viele Menschen nicht durchhalten können.

NESTBESCHMUTZ: Du hast gesagt, ein kurdischer Staat (im Irak) läge nicht im Interesse der westlichen Industriemächte und der USA. Warum nicht?

Djalal: Erstens würde ein kurdischer Staat nicht den Interessen der USA folgen.

Zweitens wäre das natürlich ein gutes Beispiel für die KurdInnen, die in anderen Teilen Kurdistans leben, z.B. in Türkei-Kurdistan oder im Iran, wo die KurdInnen auch Befreiungskämpfe führen, um einen eigenen Staat zu gründen. Ein unabhängiger Staat würde natürlich das nationale Bewußtsein der Menschen dort steigern. Wir haben ja gesehen, daß es in dieser Zeit auch in vielen Städten in Türkei-Kurdistan zu Unruhen gekommen ist. Und die Türkei ist Mitglied der NATO - und ein unabhängiges Kurdistan läge weder im Interesse der NATO noch im Interesse anderer Staaten in der Region.

Und drittens aus wirtschaftlichen Gründen: Saddam Hussein hat im Golfkrieg eine Niederlage erlitten. Er hat die Waffenstillstands-Bedingungen der USA akzeptiert. Und ein schwacher Hussein liegt natürlich im Interesse der USA, denn dann kann ihm gesagt werden, daß er die Schulden zurückzahlen soll. Aber ein Kurdischer Staat im Irak oder ein demokratischer Staat im Irak wären nicht bereit, diese Schulden zurückzuzahlen. Sie hätten mit Sicherheit gesagt, daß sie damit nichts zu tun hätten, weil das ja alles Hussein gemacht hat. Und deshalb hätten sie die Schuldenrückzahlung nicht akzeptiert. Das hätte die USA nicht hingenommen.
Zaradasht: Die Türkei hat auch einen Aufschwung des Widerstands im türkischen Teil Kurdistans gefürchtet, nachdem Kurdistan befreit worden war. Diese Freiheit dauerte drei Wochen. Während dieser drei Wochen haben die Menschen ihre Städte selbst befreit. Der Volksaufstand und der massive Widerstand der KurdInnen kam selbst für



die Parteien überraschend. Bis dahin gab es keine Solidarität für die KurdInnen aus der Türkei oder dem Iran noch von anderswo. Wie gesagt, die Türkei fürchtet den kurdischen Widerstand. Deshalb hat es auch ein Treffen gegeben zwischen Özal und Bush. Özal ist dazu in die USA geflogen. Danach war es ganz klar, daß kein kurdischer Staat zugelassen wird, da das nicht im Interesse der Türkei und der USA läge.
Einen Tag nach dem Waffenstillstand zwischen dem Irak und der USA haben die USA 1000 irakische Panzer ins Landesinnere passieren lassen. D.h., die USA hatten das schon vorher geplant, weil sie kein Interesse an zwei Staaten auf irakischem Gebiet hatten. Deshalb haben sie die Volksaufstände nicht geduldet. Auch den Vertrag, daß der Irak keine Kampfflugzeuge und Hubschrauber einsetzen darf, haben sie nicht eingehalten.
Die USA haben nach diesem Vertrag zweimal ein irakisches Kampfflugzeug abgeschossen, aber danach haben sie sich nicht mehr darum gekümmert. Es ging den USA nicht ums Völkerrecht, sondern um ihre eigenen Interessen. Die KurdInnen haben auch gar nichts von den USA erwartet. Es ist so gewesen, daß der Hussein während des Krieges sehr schwach war und der größte Teil der irakischen Armee im Süden oder wie die republikanischen Garden eingekesselt war. Die Leute sind einfach auf die Straße gegangen und haben selbst ihre Städte befreit.
Djalal: Daß immer wieder dieser Vorwurf erhoben wird, daß Bush die Kurden und die Irakis zum Aufstand gerufen hat - dieser Vorwurf stimmt einfach nicht, auch wenn einige Menschen das Gegenteil behaupten. Wenn man sich ein bißchen mit der kurdischen Geschichte beschäftigt hat, weiß man, daß es seit 30 Jahren bewaffneten Kampf in Kurdistan gibt. Natürlich wurde das Ende des zweiten Golfkrieges zum Anlaß genommen, um den Volksaufstand zu beginnen. Sie haben das am Anfang auch sehr erfolgreich gemacht, wenn der Aufstand auch später niedergeschlagen wurde. Die Kurden haben Volksräte in den Städten gebildet. Die Partisanen und Kämpfer haben sich auch daran beteiligt, aber es war nicht so, daß das nur von den Parteien organisiert wurde, sondern der Aufstand war spontan. Die Kurden waren besser organisiert im Vergleich zum Aufstand im Südirak; sie waren ja auch anfänglich siegreich.
Ich kann mir nicht vorstellen, wie der Irak diese ganze Armee zusammengestellt hat: über 100.000 furchtbare Menschen der republikanischen Garde haben am Massaker bei der Niederschlagung des Aufstands teilgenommen. Es gibt auch Gerüchte, daß einige palästinensische Gruppen auf der Seite des Irak teilgenommen hat.

Djalal: Wir haben einen Brief von Arafat an Hussein, wo drin steht, daß die Verräter im Norden - er meint damit die Aufständischen im Norden, er sagt nicht 'Kurden' - und im Süden vernichtet werden müssen. Hussein solle alle Mittel dafür einsetzen. Der Brief wird in einer arabischen Zeitung erwähnt, den sie von einer staatlichen, offiziellen irakischen Zeitung namens Al-Thaura übernommen hat.

Ich wende mich nicht gegen das palästinensische Volk, aber gerade ein unterdrücktes Volk darf nicht gegen das kurdische Volk vorgehen, Seite an Seite mit Saddam Hussein, der Krieg gegen die eigene Bevölkerung führt.
NESTBESCHMUTZ: Habt ihr überhaupt Kontakte zu Gruppen aus anderen arabischen Ländern? Gibt es Gruppen aus anderen arabischen Ländern, die den Kampf der KurdInnen unterstützen?
Zaradasht: Zur Zeit gibt es überhaupt keine Solidarität. Ich würde sagen, die arabische Bevölkerung ist nicht am Kampf der Kurden interessiert. Es gab mal Kontakte zwischen PUK (Patriotische Union Kurdistans) und der PLO gegen Ende der siebziger/Anfang der achtziger Jahre. Einige Kämpfer der PUK wurden von Palästinensern ausgebildet.
Djalal: Viele Araber sagen, Saddam ist ein Held der Araber, weil er ein arabisches Vaterland vom Atlantik bis zum Persischen Golf schaffen will, und denken, daß er für die Befreiung Palästinas kämpft. Allerdings hört man davon nichts mehr. Er wollte nur die Annexion Kuwaits damit rechtfertigen.

NESTBESCHMUTZ: Ein Grund, warum es für viele deutsche Linke schwierig ist, Befreiungsbewegungen in der sogenannten Dritten Welt zu verstehen, ist es, daß wir hier ja eigentlich gegen Nationalismus kämpfen, weil wir eine bestimmte Geschichte haben. Es hat hier von '33 bis '45 den Faschismus gegeben und da hat es einen starken Nationalismus gegeben. Uns interessiert, wie ihr euren eigenen Nationalismus versteht und warum das etwas anderes ist als bei uns.

Zaradasht: Ich möchte sagen, daß der Kampf von Kurden ein nationaler Befreiungskampf ist. Das heißt nicht, daß es keine Solidarität mit anderen Völkern in dieser Region oder mit den Ländern in der Dritten Welt gibt. Ich bin auch der Meinung, daß der Kampf der Palästinenser der gleiche wie der der Kurden ist. Es gibt allerdings einen kleinen Unterschied, denn die USA unterstützen direkt oder indirekt Israel. Deshalb denken viele, daß die Palästinenser direkt gegen die Imperialisten kämpfen. Von den Kurden wird nicht so gedacht, obwohl die Türkei NATO-Mitglied und der Irak nachwievor eine Marionette der Industrienationen - vor allem der

USA und der Sowjetunion - ist. Seit 1972 gibt es einen Vertrag zwischen der UdSSR und dem Irak, in dem wirtschaftliche, kulturelle, aber auch militärische Zusammenarbeit vereinbart wurde. Es ist nicht begreifbar, daß die Deutschen gerade auch aus ihrer Geschichte kein Interesse an den Kurden entwickeln. Für Nicaragua und El Salvador wird dieses Interesse entwickelt, dieses Mißverhältnis begreife ich immer noch nicht.
Djalal: Die Staaten, in denen wir leben, sind Diktaturen. Über Kurdistan wurde in letzter Zeit viel geschrieben. Diese Staaten stellen sich als humanitär dar, indem sie sagen, wir wollen den Kurden helfen. Dabei vertuschen sie die Problematik. Seit Jahren wird dort Völkermord begangen - z.B. vor 3 Jahren der Giftgasangriff auf Halabja. Davon hat man hier kaum gehört und niemals wurde der Irak von den anderen Staaten verurteilt, weil es nicht in ihrem Interesse lag. Von den Linken oder von der Friedensbewegung oder von wem anders gab es damals kaum Protest. Es gibt in diesen Ländern keine Pressefreiheit, daher wissen die Menschen nichts darüber.
Irak hat niemals zugegeben, daß 5000 Menschen vergast wurden, selbst heute noch nicht. Wir haben vor 3 Jahren ein _irakisches Flugbüro in Frankfurt besetzt. Die irakischen Beamten in dem Büro sagten, der Iran hätte das Giftgas



eingesetzt und der Irak hätte damit nichts zu tun. Seitdem diese zwei bis drei Millionen Menschen auf der Flucht sind, ist mehr über diese Problematik bekannt. Hinrichtungen, Folterungen und Massenvernichtung sind bei uns an der Tagesordnung - in Gesamtkurdistan
NESTBESCHMUTZ: Ihr habt gesagt, daß der Volksaufstand ein spontaner war. Wie war die Zusammenarbeit zwischen den im Untergrund kämpfenden Gruppen, der Bevölkerung und den Parteien?

Djalal: In dieser Zeit waren die kurdischen Kämpfer nicht weit von den Städten entfernt. Sie haben sich an der Grenze zum Iran und zur Türkei aufgehalten, aber es gab auch Untergrundkämpfer in den Städten, die geheim arbeiteten. Und es gab sehr viele kurdische - und auch irakische - Soldaten, die den Krieg nicht mitmachen wollten, desertiert waren und sich in den Häusern versteckt hielten. Oft schloßen sich die kurdischen Ex-Soldaten dem kurdischen Widerstand an. Natürlich hatten sie auch Kontakt zur Bevölkerung, weil die Bevölkerung nachwievor die kurdischen Kämpfer unterstützt. Seit Jahren versteckte die Bevölkerung die kurdischen Kämpfer in ihren Häusern, von wo aus sie weitere Aktionen starten können. Es gab also eine Verbindung. Sie haben die Schwäche der Armee zum Anlaß genommen, um sofort den Aufstand auszulösen. Das war meiner Ansicht nach der Volksaufstand in Kurdistan. Die Wut in der Bevölkerung war sehr gewachsen.
Nabaz: Die Bevölkerung in Kurdistan hat den Aufstand im Irak selbst gemacht und die Parteien hatten ganz wenig Einfluß darauf. Ich möchte auch auf einen anderen Punkt hinweisen. Es gibt auch hier Gruppierungen, z.B. linke Gruppen aus Nahost, die Flugblätter geschrieben haben, in denen den Kurden Nationalismus vorgeworfen und gesagt wird, ihr Befreiungskampf wäre ein nationalistischer. Aber meiner Meinung nach hat der Volksaufstand im Irak nichts mit Nationalismus zu tun. Die Leute sind jahrelang von Hussein unterdrückt worden und wollten Selbstbestimmung haben. Trotzdem werfen viele Gruppen in Nahost den Kurden weiterhin vor, daß sie nationalistisch sind und daß sie von Parteien geführt werden. Aber die Parteien haben ganz wenig Einfluß und sie wurden von dem Aufstand überrascht - vom Norden bis zum Süden genießen die Parteien wenig Vertrauen. Das gilt auch für die Türkei und für den Iran. Die sogenannten Marxisten in der Türkei haben sich selbst während des Aufstands Hoffnung gemacht und haben gleichzeitig immer betont, daß der kurdische Aufstand von den Parteien organisiert wäre.
Djalal: Es hat natürlich Verbindung zwischen den Parteien und den Menschen gegeben. Ich kann das nicht verneinen, aber das heißt nicht, daß der Volksaufstand von den Parteien geführt wurde.
Nabaz: Die linken Gruppen aus Nahost schreiben, die kurdischen Parteien wären Vertreter des Volkes, weil sie mit dem irakischen Regime Verhandlungen führen. Mag sein, daß das stimmt, aber die linken Parteien in Nahost haben selbst nie was für die Bevölkerung getan. Diese Parteien waren unfähig, die sozialen Probleme in ihren Ländern zu lösen, und jetzt, wo drei Millionen Menschen auf der Flucht sind und tausende ermordet wurden, werfen sie den Kurden vor, daß sie gerade jetzt auf soziale Probleme aufmerksam machen und so ihren Nationalismus verschleiern würden. Diese Position lehne ich vollständig ab - sie stimmt nicht.
Diese Parteien waren auch niemals solidarisch mit den Kurden, sie haben nie versucht, die Probleme der Kurden zu lösen, wie z.B. die sogenannte Irakische Kommunistische Partei. Sie machen den Kurden Vorwürfe, machen selbst aber nichts.
Djalal: Ich wollte noch etwas zu den Verhandlungen mit der irakischen Regierung sagen. Ich bin selbst überhaupt nicht für irgendwelche Verhandlungen mit dem faschistischen Regime im Irak, weil schon sehr oft verhandelt wurde, wobei die Menschen immer

betrogen wurden. Zuerst macht die Regierung Zugeständnisse und später greift sie die Menschen wieder an. Aber man muß auch die kurdischen Politiker verstehen, denn es sind 2 bis 3 Millionen Menschen auf der Flucht, die unter unwürdigen Umständen leben müssen. Jeder von uns weiß, daß das Leben dieser Menschen auf dem Spiel steht. Die Politiker wollen auch nicht, daß die Flüchtlinge ewig in den Lagern leben müssen wie die Palästinenser. Diese Menschen müssen in ihre Häuser zurückkehren.
Es ist richtig, daß die Verhandlungen unter der Beobachtung der UNO ablaufen, weil auch die kurdischen Parteien dem irakischen Regime nicht mehr trauen. Die irakische Armee muß sich aus Kurdistan zurückziehen, damit die Autonomie, die die Kurden auch selbst verlangen, verwirklicht wird, so daß sich die Menschen selbst verwalten. Aber ich bin mir nicht sicher, ob das so wird.
Zaradasht: Ich habe die Befürchtung, daß die Kurden das gleiche Schicksal wie die Palästinenser erleiden werden, nämlich in ihrem eigenen Land in Zelten leben zu müssen.
Djalal: Ja, aber ich sehe zur Zeit auch keine andere Lösung. Die kurdischen Aufständischen sind allein nicht in der Lage, das Regime zu stürzen. Die Bevölkerung in Bagdad hat die Aufstände im Südirak und in Kurdistan nicht oder nur kaum unterstützt. Allein für uns ist es schwierig, das Regime zu stürzen.
Im Februar, auf der Konferenz in Beirut hat sich die gesamte Opposition - die kurdischen Parteien und Organisationen, die religiösen und arabischen Parteien (27 Parteien von linken bis zu fundamentalistischen und reaktionären) - darauf geeinigt, daß ihr erstes Ziel der Sturz Saddam Husseins ist. Aber dieses Ziel wurde nicht erreicht.



Zaradasht: Die Menschen im Irak und in Kurdistan hätten Saddam Hussein schon längst stürzen können, wenn die Staaten aus dem Westen und dem Osten Hussein nicht unterstützt hätten - politisch und militärisch. Und es muß auch gesagt werden, daß bis heute im Ausland das irakische Regime als legitimer Vertreter der irakischen Völker - Kurden, Araber und anderer Minderheiten - betrachtet wird. Alle Staaten und der Weltsicherheitsrat der UNO sind daran interessiert, daß Saddam Hussein an der Macht bleibt - ein schwacher Hussein, der nicht in der Lage ist, Nachbarländer zu überfallen. Die inneren Angelegenheiten des Irak sind ihnen egal und die Menschen sollen allein mit der Diktatur fertig werden. Ich denke, daß es einfach wäre, Hussein zu stürzen, wenn er nicht vom Ausland unterstützt werden würde.

NESTBESCHMUTZ: Was haltet ihr von der humanitären Hilfe, die im Moment im großen Maßstab von der EG und den USA geleistet wird und von der Errichtung der Lager?

Nabaz: Diese humanitäre Hilfe ist an sich nicht schlecht, weil die Menschen sie dringend brauchen, aber ich glaube, hinter der Lagerpolitik steckt auch politische Absicht. Das soll die Mitschuld der europäischen Staaten an der Verfolgung und Vertreibung der Kurden und anderer Minderheiten im Irak verschleiern. Die USA haben sich geweigert, erste Hilfe für die Kurden und die anderen Flüchtlinge zu leisten. Großbritannien und die BRD haben sich bereit erklärt, den Flüchtlingen zu helfen. Es ist kein Wunder, wenn die BRD sich bereit erklärt, den Kurden zu helfen, weil sie ganz genau weiß, was damals mit dem deutschen Giftgas der deutschen Chemie-Industrie gemacht wurde. Für Frankreich trifft dies auch zu. Sie alle wollen ihre Politik, die sie damals betrieben haben, verschleiern. Das ist eine Art Wiedergutmachung. Aber ich glaube, die BRD und Frankreich, die USA, die UdSSR und andere arabische Despoten werden nie etwas Gutes für die Bevölkerung in Kurdistan tun. Sie machen nur etwas, wenn sie sich politische Vorteile davon versprechen. Aber, wie gesagt, haben die Kurden keine Möglichkeit, diese humanitäre Hilfe abzulehnen.

Djalal: Wir lehnen diese Hilfe nicht ab. Es geht ums nackte Überleben. Die Menschen brauchen Nahrungsmittel, Decken, Zelte. Natürlich ist die Bevölkerung Kurdistans zur Hilfe bereit, aber die türkische Regierung z.B. will das nicht. Aber allein humanitäre Hilfe ist nicht ausreichend. Es muß eine politische Lösung für das Problem gefunden werden.

Die Türkei geht sehr brutal gegen die kurdische Bevölkerung vor. Lebensmittel, die dorthin gebracht werden, werden von den türkischen Soldaten verkauft. Die Soldaten haben auf die Flüchtlinge geschossen, die nach Nahrungsmitteln gesucht haben. Dabei hat es sogar Tote gegeben. Ich denke, daß die westlichen Staaten mehr Druck auf die Türkei ausüben könnten - es gibt immer noch ein paar hunderttausend Flüchtlinge in den Bergen, die nicht in die Täler absteigen können. Diese Flüchtlinge haben auch auf der irakischen Seite noch kein Dach über dem Kopf.

Es muß in allen vier Staaten eine politische Lösung für das kurdische Problem gefunden werden.

Nabaz: Es ist seit dem ersten Weltkrieg geplant worden, daß die unterdrückte Bevölkerung im Irak nie ihre Selbstbestimmung erlangen sollte. Der Iran hat während der Flüchtlingswellen im Norden und im Süden die Grenze zugemacht und nur die hineingelassen, die die richtige religiöse Überzeugung hatten. Für die anderen Flüchtlinge wurde vom Iran ein Visum verlangt. Die türkische Regierung machte das gleiche mit den Flüchtlingen. Die Türkei lies keine Kurden auf ihr Gebiet, aber als Turkmenen aus Kirkuk flohen, wurden die einfach in die Türkei gelassen - ein Indiz für die faschistische, chauvinistische Kriegspolitik gegen die Kurden. Die Flüchtlingspolitik der Türkei diente auch dazu, den kurdischen Befreiungskampf in der Türkei zu unterdrücken. Der Iran hat nicht wegen der Kurden die Grenze geöffnet, sondern es gab eine Vereinbarung zwischen der Türkei, dem Iran und Syrien. In dieser Vereinbarung wurde beschlossen, daß kein kurdischer Staat zugelassen wird. Die NATO selbst hat auch ein Veto gegen einen kurdischen Staat eingelegt.

Djalal: Die Flüchtlingspolitik der westlichen Staaten ist ein Mittel, den Volksaufstand unter Kontrolle zu bringen. Ich will noch sagen, daß der Volksaufstand bzw. der Kampf noch nicht völlig zusammengebrochen ist. Die Kämpfer haben sich aus den Städten zurückgezogen, aber es wurde bis zum Beginn der Verhandlungen am 20.4.91 zwischen einigen kurdischen Parteien und dem irakischen Regime schwer gekämpft. Es gab noch militärische Erfolge.

Ich muß noch sagen, daß natürlich nicht alle Unterdrückung verschwunden ist, wenn es einen kurdischen Staat gibt. Für uns ist der kurdische Staat nur ein erster Schritt. Wir leiden zur Zeit unter zwei Unterdrückungen: einmal die nationale und dann die "normale", die in jedem Staat vorherrscht, z.B. auch hier in der BRD.

Zaradasht: Auf der Konferenz in Beirut konnten sich die Parteien nicht einigen, abgesehen davon, daß sie alle gegen Hussein waren und seinen Sturz forderten. Die schiitischen Parteien waren in Beirut gegen einen kurdischen Staat; sie forderten einen islamischen Staat.

Djalal: Ich will noch etwas zu den Flüchtlingen sagen. Mit Sicherheit hat der Völkermord viele Opfer gekostet, aber politisch gesehen hat das kurdische Volk viele Sympathien in der ganzen Welt gewonnen.

Nabaz: Es ist wichtig für uns Kurden, daß sich auch andere Menschen, egal, wo sie leben, mit uns solidarisch erklären. Ohne die Solidarität anderer Menschen können wir überhaupt nichts schaffen.

Zaradasht: Die Befreiung durch den Volksaufstand hat 3 Wochen gedauert. Wir haben uns hier in Göttingen während dieser Zeit öfter getroffen, weil wir Geld Lebensmittel und Medikamente sammeln und nach Kurdistan schicken wollten. Uns fehlte aber ein Weg: wir konnten weder über die Türkei, noch über Syrien oder über den Iran irgend etwas nach Kurdistan schicken. Wir wußten nicht, wie wir den Aufständischen von hier aus helfen konnten. Es war bestimmt auch für die Aufständischen sehr bitter, daß sie während dieser 3 Wochen keine Unterstützung bekamen. Auch uns hier ist das sehr schwer gefallen, einige wollten einfach zurück nach Kurdistan, aber sie wußten auch nicht, wie sie das machen konnten. Wir können nicht einfach über Bagdad nach Kurdistan fahren.

Nabaz: Wir wollten ein Visum für den Iran beantragen, aber niemand hat uns dabei geholfen. Sogar während des Krieges haben wir uns bereit erklärt, nach Kurdistan zurückzukehren oder in die iranischen Gebiete, wo sich die Flüchtlinge aufhielten. Für die Türkei und den Iran haben wir kein Visum bekommen.

Zaradasht: Die Völkergemeinschaft hat kein Interesse gezeigt an der Befreiung Kurdistans; sie hat einfach weggeschaut.

Djalal: Ich denke, da muß man unterscheiden. Meinst du mit Völkergemeinschaft die Staaten oder die Öffentlichkeit bzw. die Linken oder die Friedensbewegung. Ich glaube, wenn von Völkergemeinschaft geredet wird, dann sind die Staaten gemeint.

Zaradasht: Das meine ich auch.

Djalal: Aber es ist doch klar, daß die Staaten kein Interesse daran haben, daß sich Kurdistan befreit. Wir haben doch den Linken vorgeworfen, daß sie kein Interesse hätten.

Nabaz: Aber die Linken dürfen wir auch nicht in einen Topf werfen. Es gibt verschiedene Gruppierungen mit verschiedenen Ideologien.

Djalal: Das ist klar. Ich wollte die Völkergemeinschaft, d.h. die Staaten, von den Menschen unterscheiden.

Nabaz: Aber es gibt auch Unterschiede unter den Menschen. Einige wenige solidarisieren sich mit uns, die meisten aber nicht.

Zaradasht: Syrien ist z.B. mit dem Irak verfeindet, d.h. Assad ist mit Hussein verfeindet. Trotzdem hat Syrien die Kurden nicht unterstützt, ebenso wenig von anderen Staaten Unterstützung gekommen ist.

Nabaz: Es gibt genug Beispiele in der Geschichte dafür, daß Aufständische allein gelassen werden. Aber es ist einmalig, daß 3 bis 4 Millionen Flüchtlinge im Stich gelassen werden: das kann ich nicht begreifen.

Djalal: Du kannst nicht sagen, daß es gar keine Hilfe gegeben hat.

Nabaz: Am Anfang gab es keine Hilfe und das, was zur Zeit geleistet wird, ist für mich keine wirkliche Hilfe. Trotz der Hilfe werden immer noch tausende von Kindern, Frauen und alten Menschen sterben.

Zaradasht: Die humanitäre Hilfe hat einen politischen Hintergrund: Das meiste geht an die türkische Regierung. Der Iran beklagt seit zwei bis drei Wochen, seitdem über eine Million Kurden in den Iran geflüchtet sind, daß er allein nicht mit dem Flüchtlingsproblem fertig werden kann.

Nabaz: Ich hoffe, daß die gesamten kurdischen Flüchtlinge nicht im Stich gelassen werden. Die Menschen in Europa sind oft von den Medien beeinflußt. In allerspätestens zwei Wochen werden die Kurden wieder von der ganzen Welt vergessen sein. Noch bewachen englische und us-amerikanische Soldaten die Kurden, aber wenn alle Welt die Kurden wieder vergessen hat, werden es wieder die irakischen Soldaten sein, die die Kurden bewachen. Vor kurzem habe ich gehört, daß zwei irakische Geheimdienstler in den Flüchtlingslagern festgenommen worden sind. Das zeigt, daß der Irak in jeder Ecke seine Spitzel hat.

NESTBESCHMUTZ: Wo seht ihr die Perspektive für den kurdischen Kampf, die zu einer politischen Lösung der jetzigen Situation beitragen würden?

Djalal: Meint ihr den Kampf im irakischen Teil Kurdistans?

NESTBESCHMUTZ: Ja.

Djalal: Meiner Meinung nach können wir die Verhandlungen abwarten. Wenn das Regime Zugeständnisse macht und das Abkommen von 1970 [das Abkommen mit der irakischen Regierung über die Autonomie der Kurden, Anm. d. Red.] in Kraft treten läßt, dann bedeutet das, daß sich die irakischen Truppen aus dem irakischen Teil Kurdistans zurückziehen müßten. Danach müßte den Kurden die Selbstverwaltung zugestanden werden. Dieses läge im Interesse der kurdischen Bevölkerung im Irak.

Das Leben in den Flüchtlingslagern ist jedenfalls keine Lösung. Die anderen Staaten wollen sich nicht einmischen und sind auch nicht an einem kurdischen Staat interessiert.

Wenn die Verhandlungen ergebnislos bleiben, werden die Kurden weiterkämpfen und die Menschen müßten weiterhin in den schrecklichen Lagern leben.

Zaradasht: Ich glaube, solange Saddam Hussein an der Macht bleibt, wird es keinen Frieden im Irak und in Kurdistan geben. Die kurdische Bevölkerung sollte alles in die eigenen Hände nehmen. Sie soll entscheiden, ob sie einen Bundesstaat oder einen autonomen Staat will - ich kann das nicht entscheiden. Die Menschen, die jetzt in Kurdistan betroffen sind und sterben und verhungern, sollen selbst entscheiden.

Djalal: Das stimmt, aber jetzt führen die Politiker Verhandlungen und die werden darüber entscheiden.

Nabaz: Ich bin auch dafür, daß die irakische Bevölkerung selbst entscheidet.

Djalal: Ich bin auch dafür, daß die Bevölkerung selbst entscheidet, aber wer führt die Gespräche mit Hussein? Diese Politiker sind Vertreter von einigen Parteien, und diese Parteien werden doch auch von gewissen Teilen der Bevölkerung akzeptiert oder geduldet. Und diese Politiker führen die Verhandlungen und werden über die Zukunft Kurdistans entscheiden. Wer fragt die Menschen in den Flüchtlingslagern?

Nabaz: Niemand.

Djalal: D.h., daß die Leute allein nicht entscheiden können.

Zaradasht: Das ist dasselbe Problem wie überall.

Djalal: Ja, deshalb bin ich nicht damit einverstanden, wenn du sagst, daß die betroffenen Menschen entscheiden können. Am Verhandlungstisch sitzen nämlich Politiker, die auch einen bestimmten Teil der Kurden vertreten.

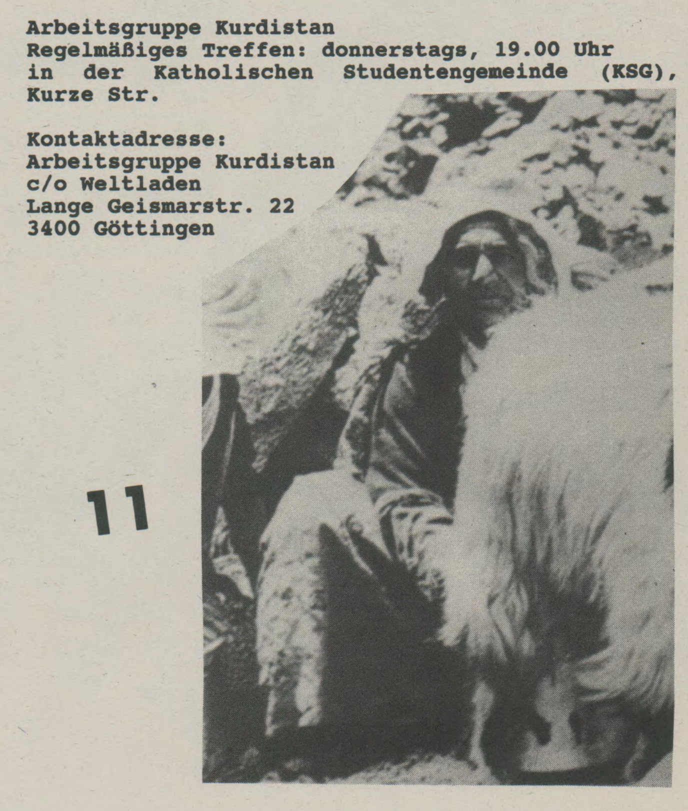
Nabaz: Aber die Politiker haben selbst gesagt, daß das Volk ihnen nicht traut.

Zaradasht: Wenn es soweit ist, könnte mensch freie Wahlen abhalten.

Nabaz: Ja, das ist die einzige Möglichkeit. Es muß dann einen Volksentscheid geben. Es darf nicht nur eine Partei als Vertreter des irakischen Volkes geben. Stellt euch vor, die Schiiten kommen an die Macht. Die werden das gleiche mit den Kurden machen wie Saddam Hussein. Im Iran haben die Kurden gegen den Schah gekämpft, aber später wurden sie vom Chomeini-Regime abgeschlachtet - zehntausende sind dort umgekommen und niemand hat etwas davon gehört. Auch die kommunistische Partei im Irak hat nie etwas Gutes für die Kurden im Irak getan. Alle diese Parteien sind nicht die richtigen Vertreter des Volkes. Wenn es auch Leute gibt, die Sympathie für verschiedene Parteien haben, trotzdem müssen die Menschen für sich selbst entscheiden.

Arbeitsgruppe Kurdistan
Regelmäßiges Treffen: donnerstags, 19.00 Uhr in der Katholischen Studentengemeinde (KSG), Kurze Str.

Kontaktadresse:
Arbeitsgruppe Kurdistan
c/o Weltladen
Lange Geismarstr. 22
3400 Göttingen



INFOLADEN IM JUZI

Der infoladen im juzi ist archiv und themenbibliothek. Wir sammeln bücher, zeitschriften, zeitungen, plakate und andere publikationen vor allem aus der geschichte der politischen und sozialen bewegungen der letzten 20 jahre.
Der infoladen wurde 1985 gegründet und arbeitete seitdem mit wechselnder bestzung. Wir, die wir den laden momentan schmeißen, kommen aus linksradikalen zusammenhängen und kennen uns durch politische aktivitäten schon einige zeit.
Wir verstehen den laden als wichtiges projekt der gegenöffentlichkeit. Wir werden hier von den medien mit ausgesuchten informationen überschwemmt, die inhaltlich aber verzehrt werden. So können zusammenhänge, widersprüche, widerstand und kämpfe nicht mehr erkannt und thematisiert werden.
Wir sammeln publikationen gerade von gruppen, die in der staatlichen medienpolitik kein "sprachrohr" haben. Außerdem erreichen uns auch zeitungen/broschüren, die zu einem wichtigen medium des widerstandes geworden sind und einer gezielten repression seiten des staates ausgesetzt sind.
Uns wichtige themen und diskussionen wollen wir nach außen tragen, einmal durch das projekt "sonntagsfilm im t-keller" und durch veranstaltungen, wie die gerade gelaufene zu hausbesetzungen von immigrantInnen in italien.
So weit so gut! Bei der vielzahl der uns täglich erreichenden infos, müssen wir feststellen, daß nur sehr wenig menschen den laden nutzen. Das mag einmal daran liegen, daß viele nicht wissen, daß es den infoladen gibt und was er ist. Darum wollen wir hiermit und mit einem mehr oder weniger regelmäßigem info, diesen miststand beseitigen. Zum anderen ist der infoladen kein nachrichten-verbreitungs-projekt. Wir versuchen, die sachen, die uns erreichen, zu ordnen, zu archivieren und damit euch zugänglich zu machen. So müßt ihr dann schon selbst vorbeigucken, wenn ihr euch über bestimmte dinge schlau machen wollt.
Also, kommt vorbei, nutz den laden für eure politische arbeit oder einfach mal zum schmökern. Gleich nebenan ist das juzicafe - in gemütlicher atmosphäre den umsturz vorbereiten.
Wir haben außerdem bücher zum ausleihen und ein kopierer steht zur verfügung. Es wäre auch nett, wenn ihr mal eure privatarchive ausräumt und die bücher, broschüren usw., die bei euch verstauben, vorbeibringt.
Und noch was. Es ist sehr wichtig, wenn uns alle möglichen flugis, redebeiträge, broschüren u.ä. von gruppen oder einzelmenschen, die hier in gö aktiv sind, erreichen würden. Der infoladen im juzi ist einer brd-weiten infoladenstruktur angeschloßen. Es besteht ein austausch von aktuellen informationen und diskussionen über göttingen hinaus.
Also, rennt uns die tür ein - wir freuen uns!
Öffnungszeiten: montags - freitags 16-20 uhr
INFOLADEN IM JUZI
bürgerstr.41
tel. 74557

Themenbereiche zu denen wir was haben:

antifa	knast
antikriegsbewegung	ökologie
arbeit	patriarchat
befreiungsbewegungen	rassismus
bevölkerungspolitik	sexismus
häuserkampf	stadtplanung
internationale solidarität	und so weiter und so fort
klassenkämpfe	

ANTIFA SPLITTER

Die folgenden Meldungen sind uns wichtig, noch erwähnt zu werden. Wir haben es leider nicht geschafft, längere Artikel dazu zu schreiben. Wer mehr von den einzelnen Berichten wissen will, muß sich in den Infoladen im Juzi quälen und dort die diversen Quellen sichten.
Dresden: Der Mozambikaner Jorge Gomondai ist von mehreren Naziskins aus einer fahrenden Straßenbahn gestoßen worden. Trotz stundenlanger Operation erwachte Jorge Gomondai nicht mehr aus dem Koma. Er erlag seinen schweren Verletzungen. Das war Mord! Dresden entwickelt sich zum Naziskin-Treffpunkt für das neue Großdeutschland. Einheimische und West-Faschos haben große Teile der Alternativstruktur regelrecht zerschlagen. Dresden ist ähnlich wie Leipzig ein Ausdruck davon, wie West-Faschos, die hier im Westteil oder Westberlin keinen Boden unter die Füße gekriegt haben, versuchen, in der ehemaligen DDR ihre Strukturen aufzubauen.
Braunschweig: Ein Braunschweiger Amtsrichter will die Genom-Analyse gegen drei Antifas anordnen. Diese sollen 2 Faschos angeblich mit einem Messer angegriffen haben. Die Genom-Analyse ist eine Technik, die die Methode vorantreibt, alles wissenschaftlich erfassen zu wollen, obwohl bekannt sein dürfte, wie unsicher gentechnische Verfahren sind. Dazu besteht die Bestrebung bei den Bullen, die Gendaten der Menschen zu erfassen. Die biologische (rassistische) Erfassung und Einteilung in verurteilungswürdige Menschen (nach willkürlichen Merkmalen, vielleicht jetzt Antifaschist) ist eine Methode der Nazis gewesen, von der wir wissen, wohin sie führt.
Magdeburg: Antifas, die ein Haus besetzt hatten, stießen schon häufiger mit einer Überzahl von Faschos zusammen. Am 2/3,Oktober allerdings haben rund 200-250 Faschisten unter den Augen der Bullen ein Feuer in dem Haus gelegt, während die Antifas sich nur noch aufs Dach zurückziehen konnten und schon dabei waren, Rasierklingen zu verteilen, bis die Feuerwehr doch noch rechtzeitig kam.
Das ist die Realität in Großdeutschland, die wir kaum mitkriegen.

GEGEN EIN EUROPA DER HERRSCHENDEN BAUEN WIR EIN EUROPA DER BEWEGUNGEN AUF!

Venedig - 7. - 9. 1991:
Internationaler Kongress

Die Zielsetzung besteht darin, eine Dimension der 'Vernetzung' zwischen politischen Subjekten unterschiedlicher Kollektive zu entwickeln, die es erlaubt, gemeinsame Wege bei einigen Zielen über unterschiedliche politische Analysen der Welt hinweg zu konkretisieren.
Wir zielen auf die Beteiligung möglichst vieler revolutionärer und antagonistischer Zusammenhänge, ob sie sich als marxistisch, libertär oder sonst was bezeichnen.
Es wird Arbeitsgruppen zu folgenden Themen geben:
- Internationalismus, Anti-Imperialismus, Zusammenarbeit Nord/Süd
- Freiräume, die Erfahrungen der Hausbesetzungen und der 'Centri Sociali'
- Produktionsarbeit, soziale Zuammenarbeit, Instrumente und Strukturen der Selbstorganisation
- Migrationsströme, Rassismus, Solidarität
- Atomkraft, Todesproduktion, Umweltzerstörung
- NATO und Kriegsdienst
- Kommunikation und der Vorschlag eines telematischen Netzes der Gegeninformation
- 500 Jahre Jahresfeier der 'Entdeckung' Amerikas



TERMINE:

Prozess gegen mehrere Faschisten am 14.5. im Landgericht; es geht um die Überfälle in der Sylvesternacht in Adelebsen
Prozess gegen Heise am 12.6. vorm Landgericht u.a. wegen versuchtem Totschlag
Veranstaltungsreihe: "Einwandergesellschaft Göttingen", DGB-Haus, Obere Masch 10, jeweils 19.00Uhr; 7.5. FLÜCHTLINGE IN GÖTTINGEN
16.5. WOHNEN IN GÖTTINGEN; für Migranten eine Zumutung
Antifa-Koordination: Montags, 19.00 Uhr Juzi
"Gewalt gegen Frauen", Podiumsdiskussion. Dienstag, 7.5. 19.00 Uhr, ZHG 004

SchülerInnen Antifa Cafe im Juzi jeden Mittwoch nachmittag

Plenen und Termine im Frauen/Lesbenzentrum:
Antifa-Plenum jeden Freitag 20.00 Uhr
allgemeines Plenum, jeden Sonntag 20.00 Uhr
Kneipe jeden Donnerstag abend
Cafe jeden Dienstag nachmittag

Pfingstmontag, 20.5. Demo in Coburg gegen das all jährliche Treffen des Coburger Convent
folgende Forderungen:
- **Auflösung aller Korporationen**
- **Schluß mit rassistischen Angriffen**
- **Weg mit dem "Ausländergesetz"**
- **Keine Gewalt gegen Frauen, weg mit dem §218**
- **Kein soziales Ausbluten der Ex-DDR**

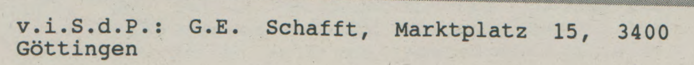




ORGANISATORISCHES
Dieses Faltblatt wird in 5-7wöchigen Abständen herausgegeben. Zur Verwirklichung dieses Vorhaben ist Geld notwendig. Wir dachten da an reichlich Spenden oder an Förderabos - wer ein Förderabo einrichten will, zahle das Geld aufs unten angegebene Konto ein (soviel er/sie will) und schreibe einen Brief an:
NESTBESCHMUTZ
c/o Buchladen Rote Str.
Rote Str.10
3400 Göttingen
und die Zeitung wird immer pünktlich im Briefkasten landen.
Damit die Zeitung aktuell ist, brauchen wir Informationen über Vorfälle in Göttingen und Umgebung. Wir bitten alle, die von Skinheads oder anderen Nazis in irgendeiner Weise angemacht, bedroht oder angegriffen wurden, uns ein kurzes Gedächtnisprotokoll der Vorfälle zukommen zu lassen. Gleiches gilt für Zusammenstöße mit der Polizei. Die Berichte auch im Buchladen Rote Str. abgeben.
SPENDENKONTO:
Sparkasse Göttingen, BLZ 260500001, Kontonr.: 125200675, P.Gertz, Stichwort: Nie vergessen






v.i.S.d.P.: G.E. Schafft, Marktplatz 15, 3400 Göttingen